



Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
fünfseitigen Seite in Perchtshrift 1½ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
aufzähler Bestellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 53. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 1. Februar 1867.

## Französische Zustände.

Unter allem Ungemach, das Frankreich betroffen, hat es ihm in Deutschland nie an begeisterten Lobredern gefehlt, die es in Schutznahmen gegen die Ansicht, daß die französische Nation sich auf unaufhaltsamem Rückzuge befindet von der glänzenden Stellung, die sie einst im Rufe der europäischen Völker eingenommen. Wir erinnern an Ludwig Bambergers Polemik gegen Treitschke's Aufstellung, daß die Franzosen rettungslos dem Imperialismus verfallen seien, wir erinnern an Carl Vogt, an Ludwig Pfau. Der Letztere namentlich hat in seinem geistvollen Aussage „Proudhon und die Franzosen“ die Vorzüglichkeit des französischen Nationalcharakters in das glänzendste Licht gestellt.

Hören wir, was dieser genaue Kenner des französischen Wesens und entschieden demokratische Schriftsteller sagt: „Frankreich wird mit den übrigen europäischen Nationalitäten stehen oder fallen, und es hat keineswegs auf seine Rolle verzichtet. Diese beruht jedoch nicht auf dem kriegerischen Charakter der Nation, wie mancher Franzose wohl glauben mag — — die spezifische und positivste Eigenschaft der französischen Nationalität ist die Fähigkeit, die eigene widersprüchliche Persönlichkeit zu disciplinieren und dem allgemeinen Interesse unterzuordnen, eine Eigenschaft, welche der germanischen Natur nur so fremd ist. Hierin liegt der Schwerpunkt der französischen Race, das ist ihr sociales Talent, welches ihre Bedeutung in der Weltgeschichte sichert. Das zwischen Mensch und Gesellschaft, zwischen Staat und Individuum ab schwierende Problem ist noch lange nicht gelöst. Die germanische Anarchie — wie sie namentlich in Amerika, wo sie sich ungefördert entfalten kann, zum Vorschein kommt — ist der Wahrheit um keinen Schritt näher als die französische Centralisation, und so wenig es die Bestimmung des Bürgers sein kann, sich vom Staat abzovorren zu lassen, so wenig kann jene Zersplitterung das letzte Wort der Menschheit sein, welche die Gesellschaft in Staub auflöst und das Individuum auf seinen einsamen Egoismus stellt. In dieser Streitfrage vertreten die Germanen das Individuum, die Romanen und namentlich die Franzosen die Gesellschaft. Die Wahrheit liegt in der Mitte.“ Pfau warnt vor der einseitigen und ungerechten pangermanischen Reaction gegen das Franzenthum, wie sie sich seit 1849 entwickelt hat.

Wir haben uns seines anziehenden und viel Wahres enthaltenden Aussages lebhaft erinnert, als wir lasen, wie bei Gelegenheit der wunderlichen „Krönung des Gebäudes“ in deutschen Blättern reichlich Hohn auf die französische Nation ausgegossen wurde. Unzweifelhaft sind die Franzosen das Volk, bei welchem die Staatsidee, über deren Fehlen bei uns vor Kurzem so gerechte Klagen geführt worden sind, am lebhaftesten entwickelt ist. Der gegenwärtige Augenblick giebt dafür Zeugnis. Seit dem Staatsstreite vom 2. Dezember hat Napoleon sich noch in keinem Augenblick so unsicher gefühlt als im gegenwärtigen Augenblick. Die Bomben Orsini's haben ihn kaum so erschreckt als die Zeitungsarikel, welche die Störung Preußens beklagen; die Deportationen nach Gavre haben gegen ihn nicht so erbittert als die Napolitaner Friedensstrakte. Er hat, nach Ansicht des französischen Volkes, die Staatsidee beeinträchtigt, und das verzeiht man ihm schwerer, als daß er die bürgerliche und persönliche Freiheit von vielen Tausenden brutal mit Fäusten getreten hat.

Die Erfolge des Krieges von 1866 haben die Nation beunruhigt, den Kaiser selbst verblüfft. Zwei starke Nationen, Italien und Preußen, sind in einer Weise herangewachsen, wie der Kaiser es nie geglaubt hat. Anstatt des italienischen Staatenbundes steht ein einziges Königreich Italien da, das Venetien nicht aus französischer Hand entgegenommen hat. Anstatt eines durch ein paar Duodezstaaten vergrößerten Preußen in dem dreigespaltenen Deutschland steht ein norddeutscher Bund da, der alle Anlagen in sich enthält, bald zum einzigen Deutschland zu werden. Stellen wir uns auf den Standpunkt des französischen Chauvin, so begreifen wir zwar, daß ihn diese Erfolge auf das Lebhafteste beunruhigen; aber wie gering ist das, was die französische Nation durch Napolenburg erduldet hat, gegen das, was Preußen durch Olmütz erduldet hat, und wie anders hat es auf jene Nation gewirkt!

Eine wunderliche Krönung des Gebäudes nannten wir das Decret vom 19. Januar. Darüber sind wir zwar mit Allen einverstanden, daß es die Freiheit nicht bringt. Aber doch möchten wir nicht der Ansicht derer beitreten, die darin einen weiteren Schritt auf der Bahn der Reaction, ein gewaltames Schließen der Ventile erblicken. Auf uns macht es einen ganz eigenen Eindruck. In Gesellschaften kommt es wohl zuweilen vor, daß jemand empfindet, das Verlegenste sei, wenn nach einem unerwarteten Ereignisse Jedermann völlig schweigt, und so macht er eine gleichgültige, inhaltlose, völlig bei Seite liegende und dabei widerständige Bemerkung. So etwa fassen wir den Verfassungs- und Ministerwechsel in Frankreich auf. Die Gefahr liegt darin, daß im jetzigen gespannten Augenblick Niemand spricht. Die beste Rede wäre wohl: Krieg gegen das übermuthige Preußen, aber — die Industrieausstellung steht vor der Thür. So entschließt sich der Kaiser, die Verlegenheitspause zu brechen. Das Recht der Adresse durch das Recht der Interpellationen zu ersezgen ist gleichgültig und inhaltlos; diesen Act eine Krönung des Gebäudes zu nennen ist widersinnig, die ganze Handlung hat mit der schwebenden Situation von fern nichts zu thun, aber das fatale Schweigen ist doch gebrochen, die Unterhaltung kann wieder in Fluss gerathen.

Wir glauben nicht, daß Napoleon auf reactionäre Bestrebungen jetzt ausgeht. Die Süßigkeit der absoluten Herrschaft hat er lange genossen und ihre Gefahren kennen gelernt. Gewiß möchte er die Befestigung seiner Dynastie damit erkauft, daß er dem Volke einen größeren Anteil an den politischen Rechten und Pflichten einräumt, aber — und das ist die Kehrseite des Bildes — wie das beginnen? Die Thiers und Jules Favre haben viel von Pressefreiheit, von Prinzipien der Freiheit gesprochen, aber von ernster politischer Arbeit, von Selbststörzung der Gemeinden u. dgl. haben sie nicht gesprochen. In der Legislative sind die Elemente nicht vorhanden, die der Kaiser zur Mitwirkung an der organisatorischen Arbeit heranziehen könnte. Ihn allein trifft nicht die Schuld, wenn er mit der wirklichen Krönung des Gebäudes nicht vorschreitet.

Das sind wesentliche Unterschiede der beiden Völker. Während die französische Staatsliebe durch ein Flacco der französischen auswärtigen Politik zur äußersten Eifersucht angeregt wird, ist das deutsche Volk durch den österreichischen Neubau zu einem einmuthigen entschlossenen Handeln weder hingerissen worden, als die Regierung denselben 1850 und 1851 unruhig duldet, noch als sie 1866 ihm manhaft widerstand. Über umgekehrt, während die französische Nation es seit 15 Jahren zu keiner tüchtigen Arbeit in den inneren Angelegenheiten des Staates und

der Gemeinde hat bringen können, weiß Preußen von manchem Erfolg zu erzählen, den die Initiative seiner Volksvertretung in den Reactionsepochen von 1850 bis 1858 und von 1862 ab errungen.

Und an dieser Gegenüberstellung muß man, wie es mit der Beurtheilung steht, daß Deutschland dem Cäcilismus verfallen könnte! Eine solche Befürchtung verkennt ganz die charakteristischen Unterschiede der beiden Nationen. O nein, wir können die Fähigkeit, „die einzelne Persönlichkeit dem allgemeinen Interesse unterzuordnen“, noch erheblich steigern, bevor das Maß überläuft und wir Imperialisten werden. Die Kraft, welche unsere Volksvertretung darin entwickelt hat, positiv auf dem Gebiete des Staatslebens zu schaffen, sichert uns gegen diese Gefahr schämer als Belletinen, die sich gegen die Zusammenfassung unserer Staatsmacht richten.

## Breslau, 31. Januar.

Der Conflict ist wieder da, jedoch dürfte er dieses Mal nicht so scharf sich ausspielen wie früher; auch ist es weniger ein Conflict in der Sache als in der Form. Das Recht ist sonnenklar auf der Seite des Abgeordnetenhauses und wird wohl auch in der Haupsache vom Ministerium nicht bestritten. Die ganze liberale Partei von Vincke und Schwerin bis zur äußersten Linken steht wieder zusammen, denn es handelt sich um ein dem Volke ganz umlängbar zustehendes Recht; Vincke nimmt wieder denselben Standpunkt ein, den er auf dem vereinigten Landtag behauptete, und es mögen ihm daher manche Sünden, die er in der letzteren Zeit begangen, vergeben sein. Das von ihm gestellte Amendment, für welches sich die Majorität des Abgeordnetenhauses ausgesprochen, ist außerordentlich mild, denn es bezieht sich nur auf die durch das vorliegende Gesetz berührten Eisenbahnen — nicht, wie der Zusatz der Commission verlangte, auf alle Staatsbahnen — und paßt daher auch der Form nach in das Gesetz, so daß der Widerspruch des Ministeriums schwer greiflich ist. Das Ministerium verlangt zum Bau und zur Erweiterung gewisser bestimmter Bahnen eine Anleihe von 24 Mill. Thlr.; das Abgeordnetenhaus ist bereit, dieselbe zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß zur Veräußerung und Verpachtung der speciell bezeichneten Eisenbahnen die Zustimmung des Landtages notwendig ist. Diese Bedingung ruft den Conflict herbor. Wir hoffen, daß in einer so überaus klar liegenden Sache das Ministerium nachgeben wird; es wäre ein trauriges Vorzeichen, wenn es im Bunde mit diesem neuen Conflict an die Verhandlungen mit dem norddeutschen Parlamente herantrete wolle.

Die Eröffnung des Parlaments wird, wie nun heute auch die offiziöse „Prov. Corresp.“ meldet, auf Grund einer Vereinbarung zwischen den verbündeten Regierungen am 24. Februar stattfinden. Die Vorberathungen über den Verfassungsentwurf sind in erfreulicher Weise vorgeschritten; nach erfolgter Verständigung über die wesentlichen Grundlagen der Verfassung hat in den weiteren Sitzungen der Conferenzen die Vereinbarung über den größten Theil der Einzelbestimmungen unter vielfacher Berücksichtigung der besonderen Wünsche und Vorschläge der Verbündeten stattgefunden. Der Schluß der Conferenzen steht nahe bevor. — Der Schluß der Landtags-Session wird nach derselben Quelle wohl gegen das Ende der nächsten Woche erfolgen.

Über die Entlassung oder Urlaubung des Hrn. v. Manteuffel wird der „Magdeb. Z.“ Folgendes aus Berlin geschrieben:

Hrn. v. Manteuffel's militärische wie politische Carriere wird von unterrichteten Personen als abgeschlossen angesehen; der General dürfte leicht von Merseburg, wobin er sich zurückzieht, nie wieder in das öffentliche Leben zurückkehren. Daß ihm die Würde eines Generaladjutanten verbleibt, ist Rücksichtnahme auf seine bisherige Stellung bei Hof, wo er lange Zeit hindurch eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Er galt für die Incarnation des Antiliberalismus und speciell für den hartnäckigsten Gegner des Ministeriums Hohenlohe. Wenn vor Jahren Twisten in seiner bekannten Broschüre „Was uns noch retten kann“ namentlich gegen Hrn. v. Manteuffel Front machte, so brachte er damit die Auseinandersetzung des großen Publikums über Manteuffel überhaupt zum Ausdruck, und als der von Twisten hingeworfene Feindhandschuh zum Duell führte, so erblieb in diesem Vorlaufe alle Welt das starre Aufeinanderplänen von Gegenseitigen, die jede Verjährung ausschließen. Es wird der Geschichtsschreibung zu untersuchen vorbehalten bleiben, inwieweit es allein dem General v. Manteuffel gelang, den Bruch mit dem Liberalismus von 1858 durchzuführen; aus vorläufigen gelegentlichen Auseinandersetzungen von Personen, die damals zu Fall kamen, geht jedoch hervor, daß Hrn. v. Manteuffel's Einfluß die Bismarck'sche Aera einzuwirken wußte. Und nun erlebt Manteuffel sein Scheiden von der politischen Bühne früher als Bismarck und dessen sämtliche Collegen. Das macht, der Ministerpräsident ging stets seine eigenen Wege und es war ihm unbehaglich, neben sich noch andere Einflüsse von Gewicht wirken zu sehen. Der General konnte mit Bismarck wahrscheinlich nur sehr schwer fertig werden, und da ersterer jetzt in das Privatleben zurücktritt, ist letzterem ebenfalls erwünscht. Daß die Krise unmittelbar hinter uns, wo es als alle Augenblick hieß, das Ministerium und speciell der Minister v. Bismarck würde zurücktreten. Die Krise war auch wiederholt eingetreten, aber alle Mal verließ sie zu Gunsten des Ministers. Manteuffel hat wichtige Missionen ausgeführt. Er war in Petersburg, er war in Wien, in Wien sicherlich nicht in der Absicht, den Krieg unvermeidlich zu machen, wogegen dem Ministerpräsidenten das Verdienst bleibt, gerade diesen Krieg stets gewollt zu haben. Manteuffel greift in eine der wichtigsten Perioden der preußischen Geschichte hinein. Der künftige Geschichtsschreiber wird sich viel mit ihm zu beschäftigen haben.

Die „Kreuztg.“ ereignet sich heute außerordentlich über den „Diätenfond“, der seitens der liberalen Partei gesammelt werden soll; sie erinnert an den „Nationalfond“ und bemängelt die Rechnungslegung, gleichsam als hätte die „Kreuztg.“ mehrere Tausende dazu gesteuert. Wenn die Beteiligten, d. h. diejenigen, welche etwas gegeben haben, zufrieden sind, was geht denn die Geschichte die „Kreuztg.“ und ihre Freunde an, die nichts gegeben haben? Sträßl Ihr Sträßl für die Heiden in China, wir sammeln für den Diätenfond; Jeder nach seinem Geschmack. Wo ist denn die Rechnung über die Gelder geblieben, die Euch beispielweise der Proceß gegen Waldeck im Jahre 1849 gelöst hat?

Für Frankfurt a. M. hat nach der „Prov. Corresp.“ die Staatsregierung, nachdem zuvor die gutachtlische Neuierung einer Anzahl sachkundiger, des Vertrauens würdiger Einwohner von Frankfurt über diesen Gegenstand eingeholt worden war, eine Gemeinde-Verfassung entworfen, welche, abgesehen von einigen Abweichungen, die auf die besonderen Verhältnisse Frankfurts berechnet sind, in allem Wesentlichen als eine Umarbeitung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 betrachtet werden darf. Der Erlaß dieser Gemeinde-Verfassung steht in nächster Zeit bevor.

Die österreichisch-preußischen Zollverhandlungen sind nach einer Nachricht der „Presse“ gescheitert. Das Wiener Blatt schreibt nämlich: Am 29. hielten die Commissäre der österreichisch-preußischen Zollkonferenz im Ministerium des Neuherrn ihre letzte Sitzung. Da die preußischen Commissäre abermals erklärt hatten, daß sie in Betreff der Weinzölle ohne Instructionen seien, von österreichischer Seite aber gerade auf diese Position ein großes Gewicht gelegt wird, indem man für die mannigfachen Zollherabsetzungen wenigstens durch Concessionen bei der Wein ausfuhr von Seiten Preußens ein-

Equivalent erhalten will, andererseits aber auch noch einige Positionen in Kurzwaren und Presse nicht erledigt werden konnten, so erklärte der österreichische Commissär, Sectionschef Depretis, die Unterhandlungen für geschlossen und die Vertagung derselben bis auf einen erst später zu bestimmenden Zeitpunkt.

Aus Italien meldet man zunächst, daß sich der Clerus dem Scialoja'schen Project wegen der geistlichen Güter gegenüber fortwährend passiv verbürtet und daß Tonello den Gegenstand zwar berührt, bisher aber nichts ausgerichtet hat. Indes weiß man, daß im Vatican das Project nicht gerade mit ungünstigen Augen angesehen wird und man erwartet, daß der Papst sich wenigstens dazu entschließe, das Unternehmen in officieller Weise zu unterstützen. — Hinsichtlich des Einverständnisses mit dem päpstlichen Stuhl in Betreff der Presse behauptet man, daß dasselbe in nächster Zeit hergestellt sein werde, obgleich man andererseits versichert, Cardinal Antonelli habe für die erste Sunde noch eine unwiderlegliche Einwendung reservirt. Diese soll ein Verwahrung Königs Franz II. sein, welcher sein Recht, die Candidaten zu den Bischofsstühlen in seinen ehemaligen Staaten vorzuschlagen, in Anspruch nehme, und alle Ernennungen, die nicht auf diese Vorschläge begründet wären, für ungültig erklären. Man behauptet, der Papst werde aus Legitimitätsgründen auf diese Ansicht eingehen und damit das Ergebnis der Unterhandlungen mit Italien über den Haufen werfen. — Sicherer als diese Behauptung ist jedenfalls die, daß die übrigen Zuständigkeiten Roms in administrativen Angelegenheiten sehr gering ausfallen werden, da wieder einmal eine andere Strömung die Oberhand gewonnen hat, welche die Kirchengüterfrage als Waffe gegen Italien benutzt. Der weiliiche Besitz ist es aber gerade, für welchen sich am leichtesten die beständigen Leidenschaften der Priester erregen lassen. — Aufsehen erregend, aber sehr unglaublich ist eine Mitteilung der „Trier. Ztg.“ über das Verhältnis Italiens zur orientalischen Frage. Das gedachte Blatt meldet nämlich: „Es bestätigt sich, daß der König von Italien eine halbe Million Franken zu Gunsten des kretischen Aufstandes unterzeichnet hat. Das seit ungefähr einem Monat gebildete philhellische Comité richtet ein Manifest an die Italiener, welche mit zahlreichen Unterschriften von Männern versehen ist, die der italienischen Aristokratie, der hohen Finanz, dem Parlamente, zum Theil auch der Diplomatie angehören. Dasselbe ist von N. Tommaso verfaßt, der mit dem greisen Gino Cappori zu den Hauptbedrängern des Unternehmens gehört.“

Unter den Nachrichten aus Frankreich zieht vor Allem die unter „Paris“ mitgetheilte Angabe über das neue Pressegesetz die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Mit Recht bemerkt man dazu, die französische Regierung gebe von der Ansicht aus, daß die heutigen Journale in der Regel Actionunternehmungen sind und nicht wie ehemals lediglich Unternehmungen der politischen Parteien. Sie zählt also, sagt man hinzu, auf die Angst des Geldhauses, und die Erfahrung wird dem gegenüber erst lehren müssen, ob die Parteien, wenn sie ein wirkliches Interesse haben, sich ein Organ zu gründen, nicht auch über die Geduldlosigkeit hinwegkommen werden. Was die in Frankreich herrschende Stimmung anlangt, so wird diese durch eine Neuierung von Jules Favre gegen Herrn Thiers am besten gekennzeichnet. Als Erster nämlich meinte: „Der Kranken dreht sich in seinem Bett um!“ erwiderte das Oppositionsmitglied: „Sie meinen, in unserem Bett!...“ Offenbar fühlt sich nämlich nicht nur die Regierung selbst unwohl, sondern sie macht auch fühlen, daß das Land nicht gesund ist. Nicht minder charakteristisch indes ist die Neuierung eines hochgestellten Mitgliedes der Kammermehrheit. Dasselbe sagte nämlich: „Indem der Kaiser den Augenblick der Krönung des Gebäudes für gekommen erklärt, erhält er allen Denjenigen eine Prämie, die sich nicht zu unbedingten Vertheidigern der Regierungspolitik machen wollen; das Staatsoberhaupt giebt unzweideutig zu verstehen, daß die Krone ihr Gutes habe. Wir sind aus der unbestreitbaren Orthodoxie der kaiserlichen Politik herausgetreten und ziehen ins Reich der freien Prüfung ein; wir sind Strenggläubige gewesen, welche den Grundsätzen eines unerschütterlichen Dogmas folgen; wir sind freie Forscher geworden, die den Geist prüfen und nicht beim Buchstaben stehen bleiben.“

Was es jedoch mit dem „freien Prüfen“ der bisherigen Kammer-Majorität auf sich haben wird, ist nicht schwer schon vorauszusagen. Mag immerhin, wie der Telegraph (siehe das heutige Mittagblatt) meldet, die Rednertribüne im Sitzungssaale der Legislatur wieder aufgestellt werden: man wird von derselben nichts Besseres zu hören bekommen als in den letzten zehn Jahren. Interessant ist die Erklärung, welche der mexicanische Consul in Paris in den öffentlichen Blättern in Betreff des Briefwechsels zwischen Napoleon III. und dem Kaiser Maximilian abgegeben hat. Derlei versteht nämlich, es sei ganz unbegründet, daß Graf Bombelles jenen Briefwechsel einem Schriftsteller behufs einer demnächst zu erwartenden Flugschrift zur Verfügung gestellt habe. Man gibt in dieser Beziehung folgende nicht uninteressante Einzelheiten an. Kaiserin Charlotte Napoleon, als sie gar keine Ansicht mehr hatte, von ihm eine ferne Unterstützung ihres Gemahls zu erhalten, daß dieser sich genötigt sehe, zu seiner Rechtfertigung vor Europa die schriftlichen Versprechungen Napoleons der Öffentlichkeit zu übergeben. Sogleich wurde nun Maximilian um Herausgabe der Briefe Napoleons ersucht; allein die Antwort lautete, daß die Kaiserin diese Correspondenz bei sich führe, und als bei dieser angefragt wurde, biß es, die Briefe seien in die Hände Pius IX. zur Bewahrung niedergelegt worden. Eben aus diesem Grunde war man in Paris auch doppelt unangenehm berührt, als der Papst seiner Zeit zu wissen bat, es dürfen während der eventuellen Romfahrt Eugenius' keine politischen Angelegenheiten zur Sprache kommen. So erzählte man sich den ganzen Hergang wenigstens in den legitimistischen Salons.

Unter den englischen Blättern beschäftigen sich namentlich die „Post“ und der „Advertiser“ sehr angelegerlich mit der Zukunft Österreichs und Ungarns. Die erste erinnert daran, daß, wenn die Politik des Grafen Bismarck die Masse des preußischen Volkes gegen sich gehabt, zuletzt aber dieselbe doch durch den Erfolg für sich gewonnen habe, der Kaiser Franz Joseph freilich auch bisher ein Regierungssystem, welches die Gefühle seines Volkes fast ganz ignorierte, aufrecht gehalten, damit aber Schiffbruch gelitten habe. Eben deshalb räth das Blatt dem Letzteren, eine andere Politik einzuschlagen und im ganzen Kaiserstaate Institutionen einzuführen, denen ähnlich, auf welchen Ungarn bestanden habe. Der „Advertiser“ dagegen findet die Zukunft Ungarns durch eine Theilung der Türkei im höchsten Grade bedroht und meint, daß die Ungarn, wohl wissend, daß eine Theilung ihres eigenen Landes davon die Folge sein würde, gar kein Verlangen darnach trügen, die Türkei gerade jetzt à la Polen behandelt zu sehen, sondern vielmehr wünschen, daß die endgültige Lösung der orientalischen Frage verschoben bleibe, bis ihre eigenen Zustände im Sinne der Unabhängigkeit und Freiheit geregelt seien. — Der „Globe“ ist sehr erfreut, zu vernehmen, daß die italienische Regierung beschlossen habe, in der orientalischen Frage eine streng neutrale Haltung zu beobachten und ein gutes Einverständnis mit der Porte zu pflegen. Es sei dies von großer Wichtigkeit, da es dazu dienen werde, die Hoffnungen der

Candidaten, sowie überhaupt der christlichen Stämme des ottomanischen Reichs herabzustimmen und die Ruhe zu befestigen. Auf Italien hätten die Rajahs vorzüglich gerechnet.

Was den zwischen England und Spanien wegen des angeblich chilenischen Schiffes „Tornado“ entstandenen Conflict betrifft, so ist derselbe trotz aller Dementis der „Epoca“ noch nicht geschlichtet. Vielmehr hält die „Sunday-Gazette“ dieser letzteren gegenüber die Behauptung aufrecht, daß die englisch Regierung gegen die Entscheidung des Präsengerichts in Cadiz Protest erhoben habe.

Ein immerhin bemerkenswerther Fortschritt ist in Schweden geschehen. In der zweiten Reichstagskammer wurde nämlich auf den Vorschlag des Präsidenten, Bischofs Sundberg, beschlossen, daß die Mitglieder unter Hinweglassung jeglicher Titulatur nur mit „Herr“ angeredet werden sollen. Die angeborenen Grafen-, Freiherrn- und sonstigen Titel werden freilich beibehalten. Ob diesem Schritt in die neue Zeit endlich auch noch ein anderer, nämlich die Abschaffung der Brüderstrafe, dort folgen wird, muß vor der Hand noch dahingestellt bleiben. Genug, daß der Abg. Witt in der zweiten schwedischen Reichstagskammer wenigstens die Abschaffung der für Arme und Ortschaften gefährlichen Brüderstrafe in Vorschlag gebracht hat.

## Deutschland.

= Berlin. 30. Jan. [Eine Wählerversammlung.] Ein Bundeskanzler. Wenn es unzweifelhaft ist, daß in Berlin das Resultat liberaler Wahlen gesichert ist, so herrsch über die Personen doch noch vielfach Unsicherheit. Ganz besonders gilt dies vom 5. Berliner Wahlbezirk. Derselbe hatte gestern die erste allgemeine Versammlung in der Alhambra veranstaltet, welche von gegen 5000 Menschen besucht war, während Tausende theils auf der Straße vor dem Hause standen, theils den Rückweg antreten mussten. Es ist immerhin beachtenswert, wenn eine solche Massenversammlung, welche eingehüllt in Tabakswolken von 7½ bis 12 Uhr Nachts, also 4½ Stunde, in vollständig parlamentarischer Ordnung verhandelt und keine erhebliche Störung vorkommt. Ein Comitee von Vertrauensmännern hatte vorher Candidaten in Vorschlag gebracht und in Folge der Einladung waren erschienen: Dr. Moritz Wiggers von Rostock, der, stürmisch empfangen, die Erklärung abgab, er vermöge nicht neben seinem Freunde Franz Dunker zu kandidieren, sondern werde in einem andern Wahlkreise (dem 3.) auftreten, der Abg. v. Kirchmann, gleichfalls von lebhaftem Beifall begrüßt, dann Franz Dunker, der Stadtrichter Hiersemenzel und der stürmische Abg. v. d. Leeden. Nur der Letztere sprach weniger an, die übrigen drei Reden gestanden in gleichem Grade. Der Abg. v. Kirchmann sprach am meisten sachgemäß und frei von billigen und auf die Massen wirkenden Phrasen. Er mache durch seine freimütige Beantwortung der Interpellation über seine Stellung zu den großen politischen Fragen und der Arbeiter-Sache namentlich, auf die gemäßigten Elemente den günstigsten Eindruck und es ist daher mit Rücksicht darauf diese Kandidatur noch nicht als erfolglos anzusehen. Schließlich wurde auch noch der Abg. Frenzel und zwar so geschickt in Vorschlag gebracht, daß die Massen, zumal nach der Erregung durch die lange Verhandlung sich diesem Vorschlage zuwenden. Am nächsten Dienstag soll dieser Kandidat sprechen und die Vor-Abstimmung erfolgen.

— Wer man hört, wird die Vertretung der Bundesregierungen dem Parlamente gegenüber aus Delegirten bestehen, an deren Spitze Herr v. Savigny als Bundeskanzler fungiren soll. Derselbe hat bereits die Leitung aller auf das Parlament bezüglichen Angelegenheiten, namentlich in Bezug auf die Sitzungsräume im Herrenhause, übernommen. Dort sollen die Gableitungen schon in den nächsten Tagen eingeschafft und die Arbeiten mit Aufwand aller Kräfte gleich nach dem Schlus der Session begonnen werden. Uebrigens sollen den Einrichtungen im Herrenhause so viele Schwierigkeiten entgegengesetzt sein, daß man schon wieder einmal auf den Gedanken gekommen war, doch dem Abgeordnetenhaus den Vorzug zu geben. — Fast alle Bundesregierungen halten jetzt den 24. Februar als Gründungstermin für das Parlament fest.

[Se. Majestät der König] hatte sich, wie die „Prov. Corresp.“ schreibt, in voriger Woche durch Erkältung auf der Jagd ein Unwohlsein zugezogen, welches ihn an's Zimmer gefesselt hat. Die laufenden Regierungsgeschäfte hat der unermüdlich thätige Fürst fast ohne Unterbrechung erledigt, in den letzten Tagen auch wieder fortgesetzt Conferenzen mit dem Ministerpräsidenten und anderen Staatsmännern, namentlich über die wichtigen in der Vorbereitung begriffenen norddeutschen Bundesangelegenheiten gehabt. Mit dem Eintritt günstigerer Witterung dürfte dem König auch das Ausgehen wieder in gewohnter Weise gestaltet sein. — Die beabsichtigten großen Hof-Festlichkeiten haben durch das Unwohlsein Se. Majestät einen kurzen Aufschub erfahren.

## Das allgemeine direkte Wahlrecht in Genf.

Von Friedrich Neufchâ.

In dem Augenblick, wo wir im Begriff sind, bei den Wahlen zum norddeutschen Parlament zum ersten Male von dem allgemeinen direkten Wahlrecht Gebrauch zu machen, dürfte es wohl angebracht sein, diese Institution, wie sie in anderen Ländern sich entwickelt, zu betrachten.

Wenn uns von der einen Seite das allgemeine direkte Wahlrecht als das untrügliche Universalheilmittel aller Staatskrankheiten in der Weise des Hoff'schen Malzextracts angepriesen wurde, während Herr von Gerlach von dem „Urbrei“ orakelte, den das allgemeine Wahlrecht herstellen würde, könnten sich selbst Unbefangene einer gewissen Bellummenheit nicht erwehren, meinend, der Ausgang der Wahlen würde unverzüglich eine Art Lotteriespiel sein. Vielleicht, daß diese Meinung in einigen Wahlbezirken durch die Thatsachen gerechtfertigt werden wird und so ein kleiner Gulenburg oder Wantrup irgendwo aus der Wahlurne eingeschlekt, wo man es vielleicht am wenigsten erwartete; die Erfahrungen jedoch, die man anderwärts mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht hat, beweisen, daß dasselbe die Wunden selbst stets wieder heilt, die es geschlagen, daß allerdings dieses richtige, in unserer Geschichtsperiode historisch nothwendige Prinzip falsch angewendet, korrumpt werden kann, eben selbst stets siegreich, wie die Sonne aus dunklen Wolken, aus den unreinen Schläcken hervorbricht und sie besiegt.

Beregen wir uns, um die Anwendung des allgemeinen directen Wahlrechts zu beobachten, einmal nach der Stadt Jean Jacques Rousseau's, nach Genf. Man hat in dieser kleinen Republik dem allgemeinen directen Wahlrecht eine Ausdehnung gegeben, vor der selbst mancher Deutsche, sogenannte „reine“ Demokrat ein gewisses Grauen empfinden würde. Man wählt nicht nur die Executivebehörde, den Staatsrat und die Legislative, den großen Rath, sondern auch den Generalstaatsprocurator, die Friedensrichter, die Geichworenen und sämliche Communalbeamten durch allgemeine directe Wahl. Es ist in Genf eigentlich beständig Wahl und der souveräne Staatsbürger, der bei einigen Wahlen wegen Nichtbeteiligung nach schweizerischer Sitte sogar durch Geldbuße bestraft werden kann, hat beständig die Sorge, welcher seiner Mitbürger er sein Vertrauen zu irgend einem Amt schenken solle.

Die wichtigste Wahl, auf welche sich selbstdverständlich auch das größte Interesse konzentriert, ist die Wahl des Staatsraths, der Executivebehörde. Durch die Verfassungsbestimmung, daß der Staatsrat ebenso direkt vom Volk gewählt wird wie die Legislative, unterscheidet sich der Kanton

[In dem mit dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossenen Vertrag] werden zuerst alle diejenigen Staaten genannt, in welchen bisher die Postverwaltung im Gange gewesen, also die hohenzollernschen Lande, das ehemalige Kurfürstentum Hessen, das ehemalige Herzogthum Nassau, die ehemalige Landgrafschaft Hessen-Homburg, die ehemalige freie Stadt Frankfurt, die an die Krone Preußen abgetretenen Theile der Provinz Oberhessen, ferner das Großherzogthum Hessen und Bei-Rhein, das Großherzogthum Sachsen, das Herzogthum Sachsen-Meiningen, Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha, Fürstentümmer Reuß ä. L. und j. L., Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt (Oberherrschaft) und Schwarzburg-Sondershausen (Oberherrschaft), Fürstentum Lippe und Schaumburg-Lippe und die freien Städte Lübeck, Bremen, Hamburg, zusammen 19 Länder. Das fürstliche Postwesen geht in seinem ganzen Umfang mit allen Rechten und allem Zubehör an unbeweglichem und beweglichem Eigentum, Inventarien, Utensilien u. s. w., Alles, wie es steht und liegt, in das Eigentum, den Besitz und Genuss des preußischen Staates über. Die preußische Regierung tritt in alle Contrakte und Verpflichtungen der fürstlichen L. L. Postverwaltung ein. Artikel 5 sagt: Mit dem Übergang des L. L. Postwesens geben alle auf denselben ruhenden Lasten und Verwaltungsausgaben auf Preußen über. Die bei der Postverwaltung in den genannten Ländern und Gebieten angestellten Beamten werden von der preußischen Verwaltung mit den damaligen Dienstbeziehungen und erworbenen Ansprüchen nach Artikel 8 übernommen. Anders ist es mit der L. L. General-Post-Direction, welche bisher in Frankfurt bestanden und gänzlich aufgehört. Die preußische Regierung verpflichtet sich, sie bei sich bietender Gelegenheit im preußischen Postdienst zu verwenden, unter Bedrängnis ihrer gegenwärtigen Dienstleistungen. Es wird dabei auf ihre bisherige Dienststellung nach Möglichkeit billige Rücksicht genommen werden. Auf die Pensionsverhältnisse dieser Beamten finden, sobald sie in den preußischen Dienst übergetreten sind, die preußischen Bestimmungen Anwendung. Artikel 13. Die vereinstigten Wittwen und hinterbliebenen Kinder dieser Beamten werden, wie dies bisher von der L. L. Postverwaltung geschehen ist, preußischerseits in ähnlicher Weise unterstützt werden. Artikel 15. Als Aquivalent der durch diesen Vertrag an Preußen übergegangenen Rechte und Vermögensstücke zahlt die Regierung an den Fürsten als ein Pauschquantum die Summe von 3 Millionen Thaler pr. Cour. (früher half der Fürst 10 Millionen gefordert und ist dieser Abschluß daher ein für Preußen sehr günstiger zu nennen) und verspricht der Fürst, weiter keine Ansprüche irgend einer Art für sich und sein Haus erheben zu wollen, sondern verzichtet vollmehr hierauf ausdrücklich. Ferner verzichtet er auf alle Ansprüche an die obengenannten Staaten, welche er aus der Zeit seiner Verwaltung noch haben sollte. Artikel 17. Bezüglich der Postfreiheit für die fürstliche Familie und seine Beamten sollen diejenigen Grundsätze zur Anwendung kommen, welche in Preußen gelten. Artikel 18 sagt, daß Preußen sich verpflichtet, die Zustimmung zu dem Vertrage von den beteiligten Regierungen zu erlangen; dagegen verpflichtet sich der Fürst, die Confesse seiner Familienmitglieder, so weit sie erforderlich sind, beizubringen. Die Übernahme von Seiten Preußens erfolgt am 1. Juli; die Ratifikationen sollen möglichst schnell und die Auswechselung auf dem Correspondenzwege erfolgen.

[Bei den bevorstehenden Wahlen] haben die Militärwähler dieselben Rechte und Pflichten wie die Civilisten. Wenn mehrfach gesagt wird, sie würden an den Wahlen nicht teilnehmen, so soll das wohl nur heißen, daß sie zu denselben nicht, wie früher, kommandiert werden sollen, so daß es ihnen freisteht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen oder nicht.

[Berichtigung.] Die „G. B.“ berichtet, General v. Brittwitz sei als Staatsgefange in Glogau eingezogen und befindet sich seit mehreren Tagen dort. Das ist absoluter Unzutreffendheit und entbehrt jeden Scheines von Begründung; der General hat erst noch vor wenigen Tagen der in Gegenwart des Kronprinzen abgehaltenen Vorlesungssitzung der Victoria-National-Association beigewohnt.

[Beschlagsnahme.] Ein vom Central-Wahlcomite veröffentlichtes Flugblatt (Nr. 17), „Thut Eure Schuldigkeit, auch bei den Wahlen! Ein Wort an die Bürger und Bauern in Preußen“, ist am 28. d. M. mit Beschlag belegt worden.

Königsberg, 30. Jan. [Beschlagsnahme.] Vorgestern wurde die Broschüre des Advocaten und Bürgermeister Roth in Trautenau: „80 Tage in preußischer Gefangenschaft und die Schlacht bei Trautenau am 26. Juni 1866“ in den Buchhandlungen mit Beschlag belegt.

(D. B.)

Stettin, 29. Jan. [Zum Ober-Bürgermeister] wurde in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung im dritten Wahlgange der Stadt Rath Zelle aus Berlin gewählt.

Einbeck, 27. Januar. [Verhaftung.] Der Fruchthändler Fr. Kipp von hier ist gestern gefangen eingezogen und nach Hannover gebracht worden, weil er Proklamationen an die Bewohner der hiesigen Stadt und der umliegenden Ortschaften, worin gewarnt wird, in das norddeutsche Parlament Mitglieder des Nationalvereins zu senden, verbreitet hat.

Düsseldorf, 28. Jan. [Zu den Wahlen.] Gestern Vormittag stellte sich der seitherige Abgeordnete Groote einer Versammlung von liberalen Wählern als Kandidat für die Wahlen zum norddeutschen Parlamente vor und hielt eine längere Ansprache. Er wurde mit großer Majorität als Kandidat der Versammlung proklamiert.

Meiningen, 29. Jan. [Nobilitierung.] Der „L. B.“ zufolge hat Se. Hoheit der Herzog dem zum Intendanten des hiesigen Hoftheaters designierten Dichter Dr. Bodenstedt in München den erblichen Adel verliehen.

Wiesbaden, 28. Jan. [Zum Jagdrecht.] Der „Ab. Cour.“ schreibt:

Wie wir vernehmen, hat die zur Beratung der Jagdfrage niedergelegte Commission den Beschluß gefaßt, daß die Jagdberechtigungen auf fremdem Grund und Boden in ähnlicher Weise wie Zehnten und Grundzinsen von den Grundbesitzern abgelöst werden sollen. Wie wir weiter vernehmen, soll bei Berechnung des Wertes der Jagdberechtigungen die als Jagdpächte in den Jahren 1848 bis 1854 von den Gemeinden erzielten Durchschnittsbeträge zu Grunde gelegt und wahrscheinlich deren 14facher Betrag das Entschädigungs-Capital bilden, welches auf die einzelnen Grundstücke der betreffenden Gemeinden repartirt wird.

Bockenem, 28. Januar. [Militärisches.] Das „Fr. J.“ meldet: Heute wurde wieder auf dem sogenannten Heiligenstock eine Controlversammlung der reservenpflichtigen Militärs der Umgegend abgehalten. Wie bekannt, war die am 9. d. dort anberaumte derartige Versammlung durch Ereesse, welche einzelne hier Angehörige in unbegreiflicher Kopflosigkeit veranlaßten, insoweit vereitelt worden, als nur ein Theil der Erschienenen den begehrten Fahneneid geleistet hat. Heute nun wurde nach Verlesung der Kriegsartikel der von hier angetretenen Mannschaft — über 180 Mann — eine Ordre bekannt gegeben und danach die Truppe mit nur wenigen Ausnahmen zu achtwöchentlichem Dienst bei den bezüglichen Regimentern unter Bedeckung sofort abgeführt.

München, 27. Jan. [Alles wie bei uns!] In der letzten geheimen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde über eine innere Angelegenheit des Hauses, das allzu reidliche und gewohnheitsmäßige Richterschein der Mitglieder desselben, verhandelt. Als Berichterstatter des sogenannten „Entschuldigungs-Ausschusses“ fungirte Freiherr v. Aretin. Derselbe bat um Nachsicht, wenn es ihm nicht gelungen sein sollte, überall die Bartheit des Ausdrucks zu finden, welche nach keiner Seite hin verlehen würde, aber es erscheine oft nothwendig, einige der hohen Herren auf die Pflichten aufmerksam zu machen, welche mit der Würde und den Rechten eines Mitglieds dieses Hauses in Verbindung ständen. Präsident Freiherr v. Stauffenberg drückte etwas derbar aus. Auch er könne nicht umhin, zu bemerken, daß es einer nicht unbedeutenden Anzahl der Mitglieder des Hauses gar nicht Ernst zu sein scheine mit den übernommenen Pflichten. Dieselben seien ganz willentlich und beriesen sich stets auf Familienpflichten. Vergleichen sei vollkommen unzulässig. Schon bemächtigte sich die Presse dieses Nebelstandes und drängte auf die Umgestaltung einer Kammer, welche ihre eigenen Rechte und Pflichten nicht zu würdigten versteht. Die weiteren Verhandlungen drehten sich u. A. um das alljährlich wiederholte Urlaubsgesetz des Fürsten v. Leiningen, welches derselbe mit der Rückicht auf seinen Dienst in der großbritannischen Marine motivirte. Der Urlaub wurde schließlich ertheilt, da der Kammer doch keine Mittel zu Gebote stehen, einem entgegengestellten Beschluß Geltung zu verschaffen. Der Ausschuss äußerte: Bei der geringen Theilnahme, die der Herr Fürst für die Kammer der Reichsräthe wie für bayerische Interessen überhaupt dadurch an den Tag legt, daß er noch nicht ein einziges Mal in der hohen Kammer erschienen ist und nicht einmal seine Einführung in die betriebenen Geschäften hat, ist zu befürchten, daß sowohl das geschäftsortmäßige Compelle erfolglos bleiben würde, als die Hinweisung auf die Nachtheile, welche es der hohen Kammer besondere in der öffentlichen Meinung bringt, wenn ihre durch Geburt und Stellung hervorragenden Mitglieder sich consequent von deren Verhandlungen fern halten. Eine Reihe anderer Urlaubsgesetze wurde alsdann verworfen und die Einberufung der fehlenden Mitglieder beschlossen.

Nürnberg, 26. Januar. [General v. Stephan und die Nürnberger.] Die „Angelegenheit des Generals v. Stephan“ ist hier die Tagesfrage. Wir haben bisher nur kurz Notiz davon genommen; ihr Verlauf ist indeß nach mehr als einer Seite hin von Bedeutung, so daß wir unseren Lesern das nötige Material darüber nicht vorenthalten mögen. In dem „Nürnberger Anzeiger“ erschien vor etwa vierzehn Tagen ein „Eingesandt“, das, nachdem es berichtet, daß ein neunjähriger Chevauleger-Lieutenant Leuten, die sich über sein Galoppi-Reiten beschwert, mit dem Niederhauen gedroht, also fortfährt: Merkwürdig war, was der hr. General-Lieutenant v. Stephan für einen Bescheid gab, als desswegen Beschwerde bei ihm angebracht wurde. „Wenn das ihm passirt wäre, sagte der hohe Herr, er hätte die sich Beschwerenden sofort zusammengezogen, in Nürnberg brauche nur einmal einer zusammenzuhauen dort zu liegen, dann würden sich die Anderen ein Exemplar daran nehmen. Die Nürnberger glauben, man hänge von ihnen ab und sei ihretwegen da. Schimpfen können sie; aber wenn es aufs Apropos ankomme, dann händen sie da wie —; das habe man gesehen, wie die Preußen gekommen seien.“

Das „Eingesandt“ erreichte seinen Zweck; fast ganz Nürnberg geriet in Aufruhr. Ueber das Weiteres berichtet der „Nürn. Cour.“, wie folgt:

Nürnberg, 15. Januar. In der heutigen Sitzung der Gemeinde-Bevollmächtigten brachte in der Angelegenheit des Herrn General-Lieutenants Stephan ein Mitglied einen Antrag ein, dahn gehend, daß der genannte General von seinem Posten entfernt werden und den Militärs entsprechende Bewilligung zugeschenkt werden, um ähnliche Vorkehrungen für die Zukunft zu vermeiden. Obwohl im Prinzip mit dem Antrage einverstanden, einigte sich doch das Collegium nach einer sehr erregten Debatte, welche die Stimmung der Stadt wiederpiegelt, dahn, daß — da ein solches Vorgehen nicht in der Kompetenz des Magistrats liege und der Thatbestand noch nicht vollständig erhoben sei — vorerst nur die Anfrage an den Magistrat gestellt werden solle, was in der Sache bereits geschehen sei.

Nürnberg, 18. Januar. Zur Angelegenheit des General-Lieutenants v. Stephan hat der „Nürn. Anz.“ unter 17. d. vernommen, „daß der Abgeordnete der Stadt Nürnberg, Herr Crämer, beim Kriegsministerium ent-

Gef von allen übrigen größeren Schweizer Kantonen, denn diese, ausgenommen die 5 kleinen Urkantone, lassen die Executive durch den großen Rath wählen. Für Genf selbst hat sich jedoch obige Bestimmung nicht von großem Vortheil erwiesen. Sie wurde Veranlassung zu beständigen Reibereien zwischen der gesetzgebenden und verwaltenden Behörde und hat, wie wir weiter unten zeigen werden, eine Art permanenter Revolution geschaffen, welche für den unparteiischen Zuschauer ein ergötzliches Schauspiel kleinstaatlicher Verwirrung und Lebensunfähigkeit bietet.

Die Wahl des Staatsrates findet alle 2 Jahre im Monat November statt. Wähler ist jeder Schweizer Bürger, welcher sein 21. Lebensjahr überschritten und zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz im Kanton Genf hat. Diese gewiß sehr liberale Bestimmung ist vielfach gemäßbraucht worden, indem man Leute einige Tage vor der Wahl eigens nach Genf kommen ließ, um die Stimmenzahl der einen oder anderen Partei zu vermehren. Da die beiden großen, um die Herrschaft in Genf streitenden Parteien, die Conservativen und die Radikalen, fast gleich stark sind, so können zuweilen wenige Stimmen den Ausschlag geben, wie auch unter Anderem nach dem Sturze Fazy's constatirt wurde, daß bei einer Wahl die Radikalen nur dadurch den Sieg errangen, daß sie aus dem Kanton Tessin einige Tage vorher 34 Maurer verschrieben, die, angeblich in Genf bei einem Staatsbau beschäftigt, für die radikale Regierung stimmen mußten.

Die Gesamtheit der Wähler führt den Namen conseil général (Generalrat). Die Wahl findet bei den Staatsratswahlen nicht in Bezirken statt, sondern alle Wähler geben ihre Stimmen in einem eigens zu diesem Zwecke errichteten Gebäude, dem Palais électoral, ab. Der Volksatz hat dieses Wahlgebäude wegen der Wahlprüfgleichen, deren regelmäßiger Schauplatz es ist, „Ohrfeigenkasten“ getauft.

Bereits im August beginnen die Wahltagitationen, die natürlich mit einem dem südlischen Temperament der Genfer entsprechenden Geräusch betrieben werden. Die Wahlcomite's der einzelnen Parteien treten zusammen und entwerfen ihre Kandidatenlisten, wobei man, der Chancen des Sieges wegen, mehr auf Popularität als auf persönliche Ehrlichkeit sieht. So ist es jetzt seit 4 Jahren dahin gekommen, daß die radikale und die ihr folgende conservative Regierung beide nur aus 7 recht populären, aber sehr unbedeutenden Männern bestehende Räthe in regierenden

commun, ein Mann von bedeutendem Talent, der jedoch seinem Amt nach eigentlich nur Secretär der Regierung sein sollte, der bei den Sitzungen der Regierung das Protocoll zu führen hat und eine berathende, aber keine beschließende Stimme besitzt. Trotzdem war er nicht blos der intellektuelle Urheber aller Beschlüsse des Regierungsrathes, sondern derselbe wagte selbst in den dringendsten Fällen, wie z. B. während der Revolution vom 29. August 1844, nicht, ohne Genehmigung des Herrn Staatskanzlers zu beschließen, während dieser andererseits oft ohne jeden Auftrag handelte und nachträglich seine Aktionen vom Regierungsrath genehmigen ließ. Doch zurück zu den Wahlen. Sobald die Kandidatenlisten feststehen, beginnen die Volksversammlungen. Die Mehrzahl der Wähler kennt meistens die aufgestellten Persönlichkeiten gar nicht oder nur sehr oberflächlich, man ist eben radical und acceptirt daher die von dem radicalen Comite aufgestellten Kandidaten, die Partei-disziplin wirkt hier so eisern, daß man in den meisten Fällen die Wahl als bloße Octroyirung betrachten kann. Da die 7 Namen der Regierungskandidaten gleichzeitig auf einem und demselben Stimmzettel stehen müssen, so beginnt man sich schon aus Bequemlichkeit mit den von den Parteien ausgetheilten gedruckten Stimmzetteln, für welche jede Partei eine besondere Farbe, die Radikalen rosa, die Conservativen ochenblutrot, seit Jahren erwählt haben.

Am Wahltag erscheinen die Functionen aller Behörden und Beamten, weder der Regierungsrath noch die richterlichen oder polizeilichen Behörden bestehen irgend eine Kompetenz, sondern die ganze dictatorische Gewalt concentriert sich für den ganzen Staat auf den von der Regierung ernannten

sprechende Schritte zur Erzielung einer Genugthuung für die Bürgerschaft Nürnbergs thun oder unter Umständen in der Kammer selbst das k. Staatsministerium interpelliren wird". Der „Fränt. Courier“ aber berichtet gleichfalls unter 17.: „Wie uns von sicherster Quelle aus München mitgetheilt wird, hat Herr Landtags-Abgeordneter Crämer bereits private Schriften in der Stephan'schen Angelegenheit gehabt und seitens der Staatsregierung die Erklärung erhalten, „dass dieselbe die in Nürnberg stattgehabten Vorfälle bedauert und Vorsorge treffen werde, dass sie sich nicht mehr wiederholen“. Mit Rücksicht auf diese Erklärung wird Herr Crämer vorläufig weitere Schritte unterlassen.“

Andere Blätter wollten wissen, der Divisions-Commandeur General v. Stephan hätte eine „ernsthafte Rüge“, bez. einen „offiziellen Beweis“ und die Nürnberger auf diese Weise volle „Genugthuung“ erhalten. Doch steht dies nicht fest. Indes ist General v. Stephan nach München gereist und hat von dort aus unter dem 20. d. dem „Nürnberger Anzeiger“ nachstehende Erklärung zugehen lassen:

„In Folge eines im „Nürnb. Anz.“ als „Eingesandt“ erschienenen Artikels, der auch in mehrere andere Zeitungen überging, finde ich mich veranlaßt, nachstehende Berichtigung zu geben. Als ich am bezeichneten Tage mich in mein Dienstzimmer begab, stand in meinem Ordronz Zimmer ein mir schon bekannter Bürger von Nürnberg (ein Wirth, dessen Namen ich mich nicht erinnere und der sich mit früherer Begegnung als ehemaliger zweiter Wachtmeister bei Chebaurleys bekannt gab). Ich hieß ihn in mein Dienstzimmer eintreten, wo ich ihn um die Ursache seines Erscheins fragte, worauf er mir ungefähr erzählte, was folgt: „Er habe in der (ich glaube Carolinen-) Straße einen Offizier galoppieren gesehen, sei stehen geblieben, habe seinen Regenschirm zu- (oder auf-) gemacht, und sich missbilligend über das Galoppieren gedacht. Der Offizier fuhr hierauf an ihn herangeritten, habe ihm mit zusammenbauen gedroht, und da er das Wort „Ungezogenheit“ gebraucht, sei der Offizier näher an ihn herangeritten, habe nach dem Säbel gegriffen, sei aber, ohne den Säbel zu ziehen, mit einem Begleiter fortgeritten.“ Dwohl mich das Wort „Ungezogenheit“, das sich weder Offizier noch Civilist sagen läßt, ohne nicht eine Beleidigung darin zu finden, gegen einen mir unterstellten Offizier gebraucht, verlegte, so gab ich doch in ganz ruhiger und höflicher Weise folgenden Dienstlichen Befehl: „Die Herren Offiziere stehen in diesem Betriffe unter der königl. Stadtcommandantschaft; bringen Sie Ihre Beschwerde dort an, und sie wird dann die geeignete Erledigung finden.“ Nachdem dieser dienstliche Bescheid gegeben war, wollte ich meine Dienstfahrt beginnen; der Bürger entseide sich jedoch nicht, fragte mich, ob er seine Beschwerde schriftlich oder mündlich anbringen sollte, worauf sich ein Gespräch entspann, bei welchem er öfters das Wort „Ungezogenheit“ gebrauchte. Da ich denselben früher als einen guten Bürger kennen gelernt hatte und ihm als ehemaligem Unteroffizier besonders wohlwollte, so erwiderte ich ihm ebenfalls in ganz ruhiger Weise ungefähr Folgendes: „Sie hatten Unrecht, den Offizier zu schimpfen; hätten Sie Ihre Beschwerde eingereicht, deren sachgemäße Behandlung wäre gewiß nicht ausgeschlossen; einem Preußen gegenüber hätten Sie das nicht gethan; bringen Sie jedoch Ihre Beschwerde an die königl. Stadtcommandantschaft und sie wird dann erledigt werden.“ Aeußerungen, wie sie der Artikel „Eingesandt“ mir in den Mund legt, insbesondere soldartige, wodurch die Bewohner Nürnbergs in irgend einer Weise bedroht oder gesäubert werden könnten, bezeichne ich, indem ich auf meinen oben angeführten dienstlichen Bescheid hinzuweise, als eine gänzlich unbegründete Aufstellung; nur in mir im Gedächtnisse, daß ich bestätigte: „Was ich Ihnen hier im vertraulichen Gespräch sagte, weil ich Sie als einen braven Bürger und ehemaligen Unteroffizier kenne, wünsche ich, daß es unter uns bleibe; bringen Sie, wie Ihnen schon den dienstlichen Bescheid gab, Ihre Beschwerde nur zur Anzeige.“ Worauf der Bürger sich ruhig entfernte, und ich eben so ruhig an mein Dienstgefecht ging. Dieses ist der Sachverhalt des Betreffes, bei welchem — nachdem mein Dienstbescheid bereits in aller Stunde, wie Eingangs erwähnt, gegeben war — es mir nicht in den Sinn kam, einen die Bewohner Nürnbergs verleidenden Ausdruck zu gebrauchen, wenn auch ein solcher bei dem Vorwurfe der Ungezogenheit an einem mir unterstellten Offizier in Beziehung auf den Beschwerdeführer zu entschuldigen sein dürfte. Dieses der Sachverhalt des Betreffes, der durch Missbrauch meines Vertrauens entstellt in die Offenkundlichkeit kam, wobei mein unbedeutender Bescheid gar nicht erwähnt wurde und wodurch ein vertrautes Privatgespräch einen Charakter erhielt, den es in keiner Weise weder hätte noch haben sollte.“

Mittlerweile ist, wie der „Nürnb. Anz.“ berichtet, der Leutnant Rittmann, welcher den ersten Anstoß zu dem Conflicte gegeben hat, von hier nach Neumarkt versetzt worden. Die Sache des Generals v. Stephan scheint noch nicht zum Abschluß gelangt zu sein, da die Nachrichten über seine Versezung in den Ruhestand für falsch erklärt wurden. Dabei könnte es aber immer richtig sein, daß der General seinen Abschied ohne Pension verlangt habe. Dem „Nürnb. Corr.“ wird aus München berichtet: „Wie ich vernehme, ist höheren Orts in Gewagnung gezogen worden, ob die Verlegung des Generalcommando's von Nürnberg nach Ausbach nicht angezeigt sei, da man den Generalleutnant Stephan nicht fallen lassen wollte, von den übrigen Divisionären aber keiner sich geneigt zeigte, mit ihm zu tauschen; eine Übernahme des Generals in den Pensionsland glaubte man nicht verantworten zu können.“ (Neuerdings wurde behauptet, der Kriegsminister Generalmajor Th. v. Prantl hätte ebenfalls seine Entlassung nachgesucht; jedoch auch dies Gericht ist für unbegründet erklärt worden.)

### Ö sterreich.

Wien, 30. Jan. [Das ungarische Ministerium.] Einem gestern viel verbreiteten, uns auch von sehr verlässlicher Seite bestätigten

kommt noch, daß dieses ganz willkürlich gebildete Wahlbureau mit dem Präsidenten des Generalrats die unumschränkteste Souveränität besitzt und ohne weitere Angabe von Gründen im Stande ist, die geschehene Wahl für ungültig zu erklären. Ein solcher Fall lag der Revolution vom 29. August 1864 zu Grunde. Der Regierung-Präsident Challet-Benel war in den Bundesrat gewählt worden und für ihn sollte ein Präsident in die Regierung treten. Die Radikalen portirten ihren Führer Fajz, die Conservativen einen Handlungs-Commiss Chenevière, eine conservative, unbedeutende Marionette. In Folge dieses Gegenjazzen der geistigen Bedeutung der beiden Candidaten glaubten die Radikalen mit größter Bestimmtheit an ihren Sieg und es handelt sich dabei für sie um eine Lebensfrage, denn unterlag ihr bedeutendster Mann jenem homo novus gegenüber, so waren sie für einige Zeit politisch tot, und mit Sicherheit war bei den nächsten Wahlen dann auf vollständigen Sieg der Conservativen zu rechnen. Da geschah das Unerwartete und Chenevière siegte mit einigen hundert Stimmen Majorität. Selbst die Conservativen waren von diesem Ausfall überrascht. Das radicale Wahlbureau jedoch besann sich nicht lange, sondern erklärte einfach die Wahl für ungültig, ohne irgend einen Grund dafür zu haben. Sofort beschlossen die Conservativen, das Wahlergebnis gewaltsam zu proklamieren; die Radikalen griffen zu den Waffen, um dies zu verhindern, und so kam es zu jenem unglücklichen Zusammenstoß in den Straßen Genf, der einer nicht unbedeutenden Anzahl von Bürgern das Leben kostete.

Im Wahllocal sind circa 30 Tische aufgestellt, von welchen jeder einen Buchstaben des Alphabets trägt; die Buchstaben S und A, die viele Namen umfassen, sind geteilt. Jeder Wähler geht zu dem Tische, der den Anfangsbuchstaben seines Namens hat, empfängt dort einen Wahlhettel als Legitimation und geht zu dem Wahlstücke, um seinen Stimmzettel in die Urne zu werfen. Daß bei einer Anzahl von über 10,000 Stimmenden der Andrang an die Urne oft sehr groß ist, begreift sich. Dabei kommt es dann zu Streitereien, die allmälig größer werden, man rüft, stößt, schlägt, sticht mit Messern oder bedient sich der in Genf sehr beliebten Lodschläger und zuweilen ist dann die ganze im Wahllocal anwesende souveräne Wählerschaft in einer grobartigen, hin- und herwogenden Feindseligkeit begriffen, welcher das Wahlbureau und die zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ bestimmte Compagnie Militär lange mit der Würde und Ruhe römischer Senatorn zuschauen. Daß am andern Tage die Blätter die musterhafte Haltung des souveränen Volkes loben und die Würde preisen, welche beim Wahlact geherrscht,

Gerüchte zufolge soll gestern die Ernennung des ungarischen verantwortlichen Ministeriums durch Se. Majestät den Kaiser erfolgt sein, und soll die Publicirung unmittelbar bevorstehen. Es sollen acht Hand-schreiben an die neuernannten acht Minister ausgefertigt worden sein. Gleichzeitig verlautet auch, daß die demnächst erfolgende Reise des Kaisers nach Osten definitiv beschlossen und in Kurzem angetreten werden wird. Es soll in der Abfahrt des Kaisers liegen, verblüft auf die raschere Entwicklung und baldige Beendigung des Ausgleiches mit Ungarn an Ort und Stelle zu wirken. In der Begleitung des Kaisers werden sich die Minister Belcredi und Beust ebenfalls nach Osten begeben. (N. Fr. Bl.)

\* \* Wien, 29. Jan. [Baron Beust und die neueste Wendung unserer orientalischen Politik.] Bisher habe ich, offen gestanden, keinen rechten Anlaß gehabt, ihre Leser viel von den Bestrebungen unseres neuen Ministers in Sachen des Orients zu unterhalten. Der einfache Grund meiner diesbezüglichen Schweigsamkeit lag darin, weil es mir von vornherein nicht einen Augenblick zweifelhaft erschien, daß diese Velleitungen eines Staatsmannes, der weder für jene Frage an und für sich noch für die Interessen Österreichs dabei ein klares Verständniß haben kann — überdies in einem Momente, wo die Erfahrung in unserem Staate einen Grad von Unheilbarkeit erreicht, der keiner fremden Macht ein auf offensive Zwecke gerichtetes Bündnis mit denselben besonders wünschenswerth erscheinen lassen wird — in ein Fiasco auslaufen müssten. Jetzt will ich indessen doch constatiren, daß Letzteres nunmehr, übereinstimmenden Berichten zufolge, wirklich in aller Form eingetreten ist. Indem Baron Beust — anstatt mit der reaktionären Politik des seligen Metternich im Innern zu brechen — diese beibehält und dafür die durchaus correcte Politik auf den Kopf zu stellen versucht, die der vormärzliche Staatskanzler in Betreff der Türkei befolgte, hat er sich mit seinem unverbauten Doctrinarismus offenbar auf etwas eingelassen, dessen eigenliche Tragweite zu ermessen er vollkommen außer Stande ist. Wahrhaft albern ist es aber, wenn er jetzt noch durch die offiziösen Handlanger des Dispositionssond es als eine Heldenthat ausposaunen läßt, daß er mit „den alten Überlieferungen Metternich's“ kurzen Prosch gemacht. Das das Ministerium des September- und Januar-Patentes — wie es bei uns zu Hause mit Gecken, Slovenen und Polen coquettirt — so auch draußen eine fabelhafte Affenliebe für Serben und Bosniaken entwickelt, ist allerdings nur consequent. Die Zumuthung aber, daß wir verlei abenteuerliche Schachzüge — blos weil sie mit der Haltung Metternich's in diametralem Widerspruch stehen — für „liberal“ passiren lassen sollen, ist denn doch ein Bischen gar zu kindisch. Beust hat nun also in vollem Ernst bei der Pforte die Abberufung der türkischen Garnison aus Belgrad befürwortet und den Fürsten Metternich, sowie den Grafen Apponyi angewiesen, für diese Forderung die Mitwirkung der Westmächte zu gewinnen. Trotz aller Schönsärfbereien unseres Preßbüro's ist es aber positiv, daß unsere beiden Gesandten mit diesem Anstossen sowohl bei Marquis de Moustier als auch bei Lord Stanley keinen Anklage gefunden haben. Gerade das Tuilleriencabinet, auf dessen Unterstützung Baron Beust ganz bestimmt rechnete, hat mit einer rüchhaltlosen Weigerung geantwortet, während unser Minister aus Downing-Street einen ausweichenden Bescheid erhielt. Mehr noch! Baron Beust hat es auch für gut gefunden, den Internuntius Baron Prokesch anzusehen, er möge in Konstantinopel auf endliche Ausführung des Rathumatum im Interesse der Rajah's dringen. Darauf hat nun der Moustier ebenfalls — ohne die mindeste Rücksicht auf die österreichischeseits vorgenommene Intervention — den französischen Gesandten an Abdul Aziz Hose, Herrn v. Bourré, kurzweg instruiert, durch ein scharf accentuirtes Auftreten zu Gunsten der Rajah's dem Baron Beust das Wasser von der Mühle abzulenken und die von Österreich ergriffene Initiative für Frankreich auszunutzen. Damit dürfte dann die funkelnagelneue Orientpolitik unseres Staatskanzlers wohl in eine Richtung gedrängt sein, wo sie — wenigstens insofern es sich darum handelt, Herrn v. Beust ein Relief zu geben — harmlos im Sande verlaufen kann. Bedenkt für Österreich bleibt sie freilich darum dennoch in hohem Grade: denn seine Soldschreiber sind wunderlich genug, offen zu bekennen, ja noch gar Rühmens davon zu machen, unser Minister habe die „Genugthuung“ (!!) gehabt, daß Fürst Gortschakoff das volle Einverständniß Russlands mit der Haltung Österreichs in Betreff der Türkei nach Wien habe notificieren lassen!

### Italien.

Florenz. [Das Kirchengüter-Project.] Das „Giornale di Roma“ hatte folgende kurze Note veröffentlicht: „In Bezug auf ein die Kirchengüter betreffendes Project, welches zwischen der Regierung Sr. Majestät Victor Emanuel's und dem Bankhaus Langrand-Dumonteur schwelt, ist von einem Blatte behauptet worden, daß demsel-

ben die Zustimmung des heiligen Vaters zu Theil geworden sei. Diese Behauptung ist vollständig falsch.“ Die „Opinione“ bemerkt dazu: „Dies Dementi ist vollständig überflüssig. Welches Urtheil man sich auch über das die Kirchengüter betreffende Project bilben mag, so muß doch Federmann begreifen, daß man vom Papst nicht hat verlangen können, daß er ihm zustimme. Die Gesellschaft schreit fort, die politischen Einrichtungen formen sich um; aber die römische Curie gibt nicht ihre Gewohnheiten und ihre Ansprüche auf, noch reiht sie sich los von der Vergangenheit. Es ist daher unnütz, von ihr zu verlangen, daß sie irgend welche Combination in Betreff der Kirchengüter billige. Es könnte indessen vielleicht sein, daß ohne die Zustimmung des Papstes abzuwarten, die Regierung das Project in der Gewißheit vorbereitet hätte, daß die römische Curie seiner Ausführung kein Hindernis in den Weg legen und es geschaffen lassen würde. Das ist die einzige vernünftige Auslegung, um einerseits die Erklärung des „Giornale di Roma“ und andererseits die Vorlegung des betreffenden Gesetzentwurfes in einer Form, welche auf ein stillschweigendes Einverständniß zu deuten scheint, in Einklang zu bringen.“

[Der Senat] hielt am 26. eine bloß formelle Sitzung, um der Regierung Gelegenheit zur Einbringung neuer Vorlagen zu geben und einige Wahlen zu vollziehen.

Neapel. 22. Jan. [Sturm und Schiffbrüche.] Der Beuf und die Berge, welche die Bai von Neapel umgeben, sind mit Schnee bedekt, die Städte war zum Erstarren und dazu haben wir noch dieser Tage einen Sturm erlebt, der viel Unheil auf dem Wasser angerichtet hat. Am Morgen des 14. bemerkte man von Südwest her die ersten Anzeichen eines nahen Orkans, welcher mit stets zunehmender Heftigkeit bis zum 16. währete. Dichte Hagelwolken vor sich herreibend, machte der Sturm die am Meer gelegenen Häuser erzittern und zertrümmerte ihre Fenstercheiben, während Wollenbrüche, von Wind und Donner begleitet, die unteren Stadtteile überschwemmten. Die aus dem hohen Meer herantretenden Flutwellen schlugen mit Macht an die Klippen, die flachen Ufer, die Mole und die Chiata und schienen die Wellenbrecher von St. Lucia, hinter welchen mehrere Fahrzeuge vergeblich Schutz suchten, verloren zu wollen. Das Ufer war mit Drangen, Schwemmen, Gemüse und Früchten aller Art, die der Sturm von den Schiffen weggeführt hatte, überfüllt und auf der Immacolata sah man ganze Haufen von Körben, Säcken und Kisten, so viel man deren hatte in Sicherheit bringen können. Auch die Schiffsmannschaften, welche der Gefahr entflohen waren, hatten sich dort zusammengefunden und zugleich war dafelbst ein Verbandplatz für die verwundeten Schiffbrüchigen und ein Hospital für die ohnmächtig ans Land Geworfenen improvisiert worden. Mehrere Brigantinen und Küstenschiffer sind von der Gewalt der Brandung auf den Sand gescheudert worden und sind geblieben. Griechische Fabriize mit Getreide, holländische, italienische, preußische und englische Schiffe, mit Eisen, Zuder, Kohlen bestachelt, sanken unter oder strandeten. In Neapel sind 25, in Baia vier Schiffe verloren gegangen; acht haben bedeutende Havarien erlitten. Der Handelshafen hat großen Schaden davongetragen und nur wenige Schiffe vermöchten sich in den besser geschützten Kriegshäfen zu retten. Die Kriegsflotte hat daher auch nur unbedeutliche Havarien gehabt, doch waren der Postdampfer „Strombolii“ und das Transportfisch „Citta di Napoli“ in großer Gefahr. So viel man bisher überblickt, sind 5 Menschen bei dem Sturme um's Leben gekommen, während der angerichtete Schaden auf 2 bis 3 Millionen geschätzt wird. Der Präsident von Neapel, Marquis Gualterio, der Qualität hr. La Cava, der Contre-Admiral Longo, der Bürgermeister, der Assecuranz-Director Longobardo, eine Abtheilung Nationalgarde, Aerzte, Soldaten und eine große Menschenmenge waren am Ufer versammelt, um an den betroffenen Punkten so viel wie möglich Hilfe zu bringen. Der Marinecommandant, Viceadmiral Tolosano, der schwerkrank dargestellt, ließ sich auf einem Balkon des Arsenals bringen, um seinen Befehlen Nachdruck zu geben. Ein jeder that nach Kräften seine Pflicht, aber dieses Unfall bat der Regierung wiederum gezeigt, daß unsere Rhede sehr mangelhaft und die Einrichtung von Dämmen und Zufluchthäfen höchst nothwendig ist. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat bei seiner letzten Anwesenheit in unserer Stadt die Nothwendigkeit einer Vergrößerung des Handelshafens und der Einrichtung von Trocken-Docks anerkannt, damit sowohl die fremden Schiffe Reparaturen hier vornehmen lassen können, was bisher unmöglich war.

### Frankreich.

\* Paris, 28. Januar. [Die Hauptartikel des neuen Pressegesetzes], über welches bis auf die Concessions-Einhaltung im Gabinete bereits Einstimmigkeit herrschen soll, werden der „France“ zufolge dahin gehen: 1) Wer ein Blatt gründen will, hat in Paris im Ministerium des Innern, in den Departements auf der Präfectur eine Declaration einzureichen; 2) die Verantwortlichkeit der Geranten soll mit der der Buchdrucker und Verfasser combiniert werden; 3) die Caution wird auf 100,000 Francs (also um das Doppelte) für die Pariser Blätter erhöht, und 4) die Stempelsteuer ermäßigt; 5) die Gerichte können Beschlagnahme und Unterdrückung nach einer bestimmten Anzahl von Verurtheilungen oder in besonderen Einzelfällen aussprechen; 6) die Strafen auf Leibhaftigkeit sollen bedeutend gemildert, die Geldstrafen erhöht werden; 7) die Pflicht, die Artikel zu unterzeichnen, besteht fort.

[Die parlamentarischen Minister.] Das „Journal des Débats“ fühlt sich heute ermächtigt, in Bezug auf die Verfassungsreformen das Beste hoffen zu dürfen. Zugleich aber erklärt dieses Blatt, daß es

frappiert Niemanden, sondern macht höchstens auf diejenigen, welche an den bei Ausübung ihres Wahlrechtes empfangenen Wunden zu Hause oder im Spiale frank liegen, einen etwas eigenhümlichen Eindruck. Zuweilen kommen ganze Corporationen mit ihren Fahnen anmarschiert und dann prügelt man sich mit einer gewissen militärischen Ordnung, namentlich wenn zwei verschiedenen Parteien angehörige Vereine einander begegnen. Einige Jahre lang bestand sogar eine Gesellschaft, deren Zweck es war, die conservativen Partei gewaltsam an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern. Ihr Präsident war der spätere Staatsminister Bautier, und von den langen Messern, welche die Mitglieder führten, um die Conservativen praktisch für die Wahl radikaler Candidaten zu stimmen, nannten sie sich fructiers d'Appenzell (Käsehändler aus Appenzell). Die bei den Prügeleien herrschende Verwirrung wird geschickt benutzt, Wahllegitimationen zu erreichen, um auf den Namen von Toten oder abwesenden Personen zu stimmen; zuweilen gelingt es sogar, wenn die Prügelei in höchster Blüthe steht, ohne jede Legitimation Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Um 8 Uhr Abends wird die Wahl geschlossen, die etwa im Locale noch anwesenden souveränen Staatsbürger werden von den wahlhabenden Soldaten an die Lüft gesetzt, die Urnen werden versiegelt und während der Nacht im Wahllocal von dem Militär bewacht. Am andern Morgen beginnt die Zählung der Stimmen, der Präsident des Generalrats proklamirt das Resultat und legt nebst dem Wahlbureau seine Funktionen nieder und nunmehr beginnt die öffentliche Proklamirung der Gewählten. Ein Polizei-Commissar mit zwei Weibern, welche ihre Amts-tracht (rot und gelbe Mäntel) tragen, zieht unter Vortritt einiger Trommler durch die Straßen und verkündet auf allen öffentlichen Plätzen und an den bedeutendsten Straßenenden das Wahlresultat. Die siegreiche Partei schließt sich stets dem Zuge mit Fahnen u. s. w. an, um endlich in den Vereinslocalen u. s. w. zu verschwinden, um den Sieg durch großartige Kneipereien und Prügeleien der Gegner zu feiern. Das außerdem noch Freuden-schlüsse abgefeuert und anderer Spektakel gemacht wird, ist natürlich.

Der große Rath, die Legislativbehörde, wird jedoch nicht durch den Generalrat im Wahllocal, sondern in bestimmten Wahlbezirken gewählt. Da nun meistens das Resultat ein anderes ist als bei der Staatsratswahl, so liegen sich beide Behörden beständig in den Haaren, weil jede behauptet, sie sei der getreue Ausdruck des Volkswillens. Augenblicklich ist dieser Zustand dadurch, daß die Radikalen in allen

Wahlen unterlegen sind, gehoben und seit langer Zeit herrscht einmal Eintracht zwischen der Regierung und dem gesetzgebenden Körper.

Die eigenthümlichen Genfer politischen und sozialen Zustände haben sogar eine Art von territorialer Trennung der Parteien bewirkt. Das linke Ufer der Rhone, die Altstadt Genf wird vorzugsweise von Conservativen bewohnt, während die Radikalen ihren Hauptstift in der von Fazy sehr verschönerten Neustadt St. Germain haben.

Die Landbevölkerung stimmt, mit wenigen Ausnahmen, radical. Um allen Bedürfnissen zuwirken zu können, hat Herr Fazy dadurch, daß er auf jedem Ufer ein Zeughaus mit Waffen- und Pulverniedlerlage errichten ließ, dafür gesorgt, daß jede Partei sich sofort bewaffnen und mit Pulver und Blei ihre Candidaten durchsetzen kann.

Aus dieser Schilderung ist ersichtlich, daß selbst im freiesten Staate das allgemeine directe Wahlrecht sehr leicht gemäßigt braucht, um allen Bürgern die unbeschränkte Ausübung des Rechts zu sichern. Die Frage der gebührenden Berücksichtigung der Minoritäten zur Abwendung des Parteidramas tritt gerade bei der Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts wieder hervor und es wird einer längeren politischen Erfahrung bedürfen, um sie zu lösen.

[Über die zukünftige Königin von Bayern] wird der Grazer „Tagespost“ geschrieben: Der König kannte seine Tante Charlotte Auguste, die nun seine Frau werden soll, von Jugend auf und wie verdienten es ihm nicht, wenn die grazießäthische Figur der Prinzessin mit ihrem edelgeschmückten Gesicht einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht hat. Er besuchte die junge Herzogstochter den Sommer über oft und gerne und verweilte mit entschiedener Vorliebe in dem Schloss zu Possenhofen, und dort scheint es auch zu zarten Erklärungen gekommen zu sein. Die romantische Natur unseres Königs war gefesselt durch das freundliche Auge und die Kunst, womit die Prinzessin Clémire spielt und singt. Doch deshalb hätte die Verlobung noch eine gute Weile aufzuhalten können, wenn sie überhaupt je zu Stande gekommen wäre. Da half die alte Herzogin Ludovica, eine Schwester des Königs Ludwig I., nach, und wie sie die Bande zwischen dem Er-König von Sizilien und der Prinzessin Marie mit dem Grafen von Traun und der Prinzessin Mathilde zu knüpfen das Geschick hatte, so fand sie auch bald die Mittel und Wege, den jungen König zu einer bestimmten Aeußerung zu veranlassen. Die Einwidderung auf eine Anfrage, ob der junge König Absichten auf die Hand der Herzogin habe, fiel bestrieden aus. Nach einiger Deliberation am königlichen Hofe wurde zurückgeantwort

sich für die Discussionen über die Personen des neuen Cabinets sehr wenig interessire, da nicht anzunehmen sei, daß die Minister, nun sie vor die Kammer kommen sollten, eine andere Politik zu vertreten hätten als die durch die Initiative des Kaisers bedingte; auch die parlamentarischen Minister würden „wie bisher nur die Vertreter der persönlichen Politik des Kaisers sein, und es komme wenig darauf an, ob diese persönliche Politik von Leuten vertreten werde, die schon lange im Amt gewesen, oder von ihren alten Gegnern, welche auf dem Wege nach den Tuilerien plötzlich vom Strahl der Gnade erleuchtet wurden“. Diese leichte Auspielung geht offenbar auf Ollivier und dessen Freunde, für die von einigen Blättern noch immer Propaganda gemacht wird.

[Vom Hofe. — Ministerielles.] Das Verhältniß der Kaiserin zu den Herren Rouher und Lavalette hat sich seit den Tagen der Krisis bedeutend verbessert, besonders seitdem der Einfluß klarer zu Tage getreten, den in den verschiedenen Palast-Intrigen die Gräfin Walewissa hat zur Geltung bringen können. Der Kaiser aber soll seit dem 19. Januar sein Auge fortwährend auf die außerhalb des amlichen Kreises Stellung einnehmenden Persönlichkeiten gehalten und unter Anderem auch den Wunsch geäußert haben, es wäre die Meinung des Herrn Emil Ollivier über das neue Preßgesetz zu vernehmen. Dieser soll eine Lanze gegen die Concession zur Gründung eines politischen Blattes eingelegt haben; Justizminister Baroche und auch Herr Lavalette sind für Beibehaltung dieser Maßregel, doch ist es wohl möglich, daß die Regierung in diesem Punkte der öffentlichen Meinung nachgibt. Herr v. Girardin hat gestern bei der Prinzessin Mathilde mit dem Minister Lavalette einen heftigen Streit über die Frage der Beibehaltung der Regierungs-Bewilligung gehabt. Der Minister hat kein großes Talent für parlamentarische Fähigung bei dieser Gelegenheit entwickelt. In Hofkreisen spricht man viel von einem längeren Gespräch, das legten Dinstag Prinz Napoleon mit dem Kaiser gehabt, nachdem Erster längere Zeit vergebens versucht, sich seinem Vetter zu nähern. Der Prinz schreibt man darüber der „K. Z.“, habe sich gleichsam entschuldigen wollen, daß sein Name sich, ohne sein Zuthun, auf einigen der Ministerlisten befunden habe, die in den letzten Tagen in Umlauf gewesen. Der Kaiser, der sehr gute Laune gezeigt, sei auf das Thema gegen seine Gewohnheit eingegangen und habe endlich ausgerufen: „Ihr sprecht mir immer von neuen und alten Männern, als ob es deren bei meinem Regemente gäbe; wer mir dient, ist nichts als das Instrument meines Willens.“ Im Weiteren habe der Kaiser sich darum bemüht, daß die facto der Einfluß Rouher's eine Einbuße erlitten, wenn er ihm auch das Finanz-Departement anvertraut habe. Die „France“ warnt vor übertriebenen Gerüchten über Rouher's Finanzpläne. So werde er nicht das Privilegium der Wechsel-Agenten abschaffen, wie behauptet worden. Rouher habe besonders den Grundbesitz im Auge, dem er Erleichterung verschaffen und den er namentlich von den auf denselben beruhenden Fiscallasten befreien wolle.

[Dem Briefwechsel zwischen Ludwig Bamberger und Edgar Quinet], der, wie schon erwähnt, im „Temps“ jetzt veröffentlicht wurde, entnehmen wir in dem Folgenden einige Stellen. Bamberger spricht in seinem Schreiben die höchste Anerkennung für die von Quinet über Deutschland veröffentlichten Artikel aus, obgleich er nicht mit denselben einverstanden ist. Er findet namentlich, daß die Lage Deutschlands vor 1866 nicht genugend in Betracht gezogen sei.

„Sie sehen nicht, sagt er Quinet gegenüber, wie diejenigen, welche zu Preußen hielten, die brutale Seite der vorhergehenden Zustände. So wohl 1866 repräsentirt den Sieg der Gewalt; aber was repräsentirten denn 1648, 1806, 1815, 1849? Die Gewalt und außerdem noch das Elend und die Schande. Gewisse Leute sagen, die neue Gewalt sei minder legitim als die alte; habe die Gewalt bereits längere Zeit bestanden, so werde sie Gerechtigkeit. Aber gerade Ihr Prinz ist mehr als jedes andere dieser Theorie geradezu entgegengetreten, besser freilich wäre es gewesen, jenes Werk der alten Gewalt durch das Werk der Gerechtigkeit zerstört zu haben. Glauben Sie nicht, daß das Gefühl in Deutschland sich über diesen Fehler des leichten Fortschrittes Illusionen mache. Indem es den Bedenken des Fests leerte — wenn es überhaupt ein Felt gab — hat es die Bitterkeit der Hesse gefestigt. Die Sorge, selbst die Trauer ist in mehr als einem Herzen, das der gebietserischen Lösung gehorcht, vor einem Augenblicke, der sich nicht wiederfinden wird, sagt, daß man vorauswärts geben müsse, ohne hinter sich zu sehen. Wenn man hinter sich gesetzt hätte, so würde man, Sie wissen es sehr wohl, noch andere Dinge gewahrt worden sein als die Freiheit Preußens und den Besitz der Stämme um das Schlachtfeld von Sadowa herum. Man hätte eine ganze Welt erblüht, die der Zweifel in die Höhe getrieben. Es ist nicht das Gewissen, das mangelt, sondern die Wissenschaft. Ein alter Glaube ist tot, der neue Glaube noch nicht geboren. Diesen Glauben wird nicht der Tod der Welt geben. Dieser wird ihn nur finden — wenn sie überdauert dazu bestimmt ist — indem sie in dem Leben voranschreitet. Deshalb ist Niemand ermächtigt, Deutschland, das sich der Füllniß des Todes entzieht, um in das Leben des Jahrhunderts zurückzuführen, ein halt anzutun. Und jetzt noch ein Wort! Sie haben auf die Gefahren eines kriegerischen Conflictes zwischen Deutschland und Frankreich hingewiesen. Wer wird am Tage nach 1866 zu sagen wagen: dieses wird sich ereignen und dieses nicht? Aber es gibt so förmliche Dinge, denen man, selbst wenn man sie abläugnet, noch zu viel gewahrt. Der Instinct der Selbstbehaltung will, daß man sie in der Nacht des Schweigens ersticht. Dieses empfinden wir, wenn man uns von jener unter allen ungemeinlichen Sachen, von dem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, spricht. Es wäre nicht die Niederlage des Einen oder des Anderen: es wäre der Selbstmord des Fortschritts.

Quinet sagt in seiner Antwort:

„Sie haben klar in meinen Gedanken gesessen. Sie werden mich nicht beschuldigen, Frankreich und Deutschland in Streit zu bringen. Ihr Bündnis ist mir heilig als das Heil unseres Zeitalters erschienen, und ich sage nicht blos das Bündnis der Cabinetts, sondern die innige Einigung der Geister, welche, so verschieden sie in manchen Punkten sind, dazu gemacht sind, sich gegenseitig zu ergänzen. Der Tag, an welchem diese Einigung wahrhaft vollzogen werden wird, wird ein großes Datum in der Civilisation sein. Alle Menschen, welche Freunde der Humanität sind, werden Beifall rufen. Was mich betrifft, so arbeite ich ohne Unterlass daran, diesen Tag vorzubereiten; ich werde keinen Augenblick mit selbst trennen werden. Die Hand aufs Herz gelegt, wessen bedarf es, meine Herren, damit eine solche Einigung auf loyale Weise zu Stande komme? Des Liches. Und was ist heute für die Völker das Licht? Die Freiheit. Sie ist es, welche mit der Fortentwicklung die Vorurtheile zerstreut, die Schatten zerstiebt, welche die Völker noch trennen. An den Ufern des Rheins haben sich die Völker untereinander zerissen, weil sie sich nicht kannten, weil sie systematisch in der Blindheit gebalten wurden, weil sie sich Chimären ausheckten, die nur ihrer beiderseitigen Knechtschaft zu Gute kamen. Möchten sie sich doch endlich einmal in's Gesicht schauen, um zu sehen, wie sie sind, möchten sie doch die Augen öffnen! Sie werden verdutzt sein über ihre alten Zwiste, sie werden sehen, daß sie an den unrichtigen Wegen des Lichtes gespannt sind. Sie werden vor sich erblicken ein und dasselbe Werk, eine und dieselbe Laufbahn, einen und denselben Zweck. Wer also Freiheit verlangt für Frankreich, verlangt sie auch für Deutschland, und umgekehrt. Wie sollte es das Eine verlegen, wenn man für das Andere Garantien verlangt, die im Geiste Aller beruhen? Schläft das Eine, so ruht das nicht dem Anderen, noch weniger, wenn Unwissenheit und Nacht herrschen. Denn das ist gewiß, daß, wenn durch weiteres Niederdücken des östlichen Geistes es in Frankreich dunkel würde, oder in Deutschland, oder in beiden Ländern zugleich, diese beiden Völker, gedeckt durch ihre großen Heere, einhergehend bei Nacht, eines zur Seite des anderen, unschbar früher oder später aufeinanderstoßen müßten. Umsonst, vergleichbar würden wir dann in der Finsterniß ihnen zuruften: „Seid doch Freunde! Lebt als Brüder! Euer Berleben muß nur euren Meistern!“ Unsere Stimme würde von Niemandem gehört, zu viele Menschen hätten ein Interesse, sie zu ersticken. Wenn die Nacht auf beiden Rheinufern Wissen und Gewissen immer dichter umhüllt, so wird der Zusammenstoß, den Sie mit gutem Rechte für ungeheuerlich halten, welcher Ihnen Schreden einflügt, den wir aber doch vorsehen müssen, wenn wir ihn vermeiden wollen, unschbar sich eines Tages einzustellen, zur Schande und zum Ruin beider Völker. Die europäische Civilisation, welche beider Völker bedarf, würde damit auf eine

Zeit zurückgeworfen werden, deren Ende schwer zu bezeichnen sein dürfte. Ja, mein Herr (und darin werden Sie sicherlich meiner Ansicht sein): je kolossal die jetzigen Armeen sind, die jeder Staat heute aufstellt, desto nothwendiger ist es, daß die Völker in der Bestimmung dieser Armeen klar seien. Sie müssen wissen, was man mit diesen wunderbaren Herstellungsmaschinen machen will. Arbeiten wir also gemeinsam, mein Herr, auf beiden Seiten des Rheins Freiheit und Licht zu verlangen, denn das ist das einzige Mittel, damit zwei große Nationen nicht inmitten der Finsterniß gegen einander stoßen und sich zerstören. Es gibt heut zu Tage für keinen von uns ein edleres Werk zu vollführen. Indem ich Frankreich vertheidigte, habe ich Deutschland vertheidigt. Sie haben es verstanden, Sie haben gemäß, es zu sagen. Nehmen Sie das Bezeugnis meines lebhaftesten Dantes und meiner Gefühle der Ergebenheit.“

[Verkehrs-Erleichterungen. — Zur Weltausstellung.] Was die Verkehrs-Erleichterungen anbetrifft, so ist es zwar nicht begründet, daß Frankreich über einen westeuropäischen Zollverein Verhandlungen angeknüpft hat, aber die Annahme eines liberaleren Systems in Betreff der Gepäck-Befreiungen an der Grenze wird zur Erleichterung der vielen Ausstellungs-Reisenden ausgeführt werden. Ebenso beabsichtigt man große Luftstrassen zwischen den bedeutenden Städten Europas und Paris und Luftfahrten aus Amerika nach Paris, auf denen das Gepäck plombiert bis auf die Pariser Bahnhöfe gelangen soll, so daß an der Grenze kein Aufenthalt nötig ist. Die Luftstrassen, die von Paris in's Ausland zurückzuführen, sollen dieselbe Gunst haben; überhaupt soll nichts verhindert werden, was die Völker von dem Unfeste der Mauskranten in Mitteleuropa überzeugen kann. Der Kaiser ist fortwährend persönlich thätig, um die Bauarbeiten auf dem Ausstellungsplatz möglichst zweckmäßig und energisch zu betreiben. Die französischen Kronjuwelen werden im Marsfeld in einem besonderen Pavillon des reservierten Parkes ausgestellt; der Pavillon wird auf beweglichem Grunde erbaut, so daß er nichts in der Erde verschränkt, um dessen Inhalt besser schützen zu können.

### B e l g i e n .

Brüssel, 28. Jan. [Die Untersuchung der Schelde-Angelegenheit] findet noch immer wieder Hindernisse; es heißt, die englische Regierung, welche dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse zuwendet, könne sich mit den beiden anderen Regierungen noch nicht über den Modus, nach welchem die Expertise gemacht werden soll, verständigen. Aus Paris wird berichtet, die französische Regierung wünsche, daß ihr Delegirter, der Ober-Ingenieur Gosselin, seine Untersuchung der Localitäten und die Sondirungen für sich allein und unabhängig von den anderen Commissaren vornehmen soll. Lord Stanley aber, so meldet man aus London, habe sich an Herrn de Moustier gewandt, damit dieses Project einer getrennten Expertise aufgegeben werde.

[Clericales.] Die „Patrie“ von Brügge zeigt an, daß die dritte General-Versammlung der katholischen Vereine in Mecheln am 2. September 1867 stattfinden werde. — Seit der Peterspfennig nicht mehr recht einträglich ist — sein Ertrag hat von Jahr zu Jahr abgenommen — ist die Geistlichkeit in Belgien auf eine andere Art gekommen — zu gleichen Zweck Geld zu erheben. Die neue Contribution heißt „Opfer für den heiligen Vater“ und liefert guten Erfolg, zusammen 222,650 Frs. Dabei sind die flämischen Journale nicht mitgezählt.

### G r o s s b r i t a n n i e n .

E. C. London, 28. Jan. [Deutschland und die englische Presse.] Wie schwer es den Engländern wird, sich in Deutschland zu orientieren, davon liefert der „Star“ wieder einen neuen Beweis. Derselbe berichtet sich nämlich über das Programm des Fürsten Hohenlohe mit ungeliebter Befriedigung, verfällt aber dabei in etwas phantastische Vorstellungen von dem klimatischen Bildungs- und Temperamentsunterschiede zwischen Bayern und Preußen.

Unter einem fast italienischen Himmel geboren und in der schönen Atmosphäre der Phantasie und Kunst erzogen, habe der „dilettantische Baye“ früher glaubt, sich nie einzigen zu können mit „diesem rauhen Nordlande, dessen harte, scharfe, praktische Natur die Frucht der Armut und einer schneidenden Witterung ist“. Schließlich äußert er einen Wunsch, der sich folchen „Anbetern des Idealen“, wie die Bayern bekanntlich seien, wahrscheinlich von selbst empfunden werden. König Ludwig solle doch die Bildhauer der Bavaria zur Germania umtaufen und als Sinnbild des künftigen großen und mächtigen Reiches dem König Wilhelm zum Geschenk machen!

[Tagesbericht.] Nach der Mittheilung eines irischen Blattes wird für den Prinzen von Wales eine Residenz in Irland hergerichtet werden, damit er jährlich einige Zeit auf der Insel zu bringen. Die Iränder klagen bekanntlich vielfach über Vernachlässigung von Seiten des Herrscherhauses. — Sir J. Emerson Tenent, der verdiente Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Werke über Ceylon, ist von der Königin zum Baronet erhoben worden. — Prinz Christian von Schleswig-Holstein, der vor einiger Zeit den Charakter als Generalmajor in der Armee erhielt, soll jetzt nach dem Vorgange des Prinzen von Wales als Commandeur-Inhaber eines Regiments der Haussoldaten in den aktiven Dienst und den Staat treten. Das Einschieben eines neuen Generals und die dadurch hervorgerufene Benachteiligung der Generalität im Avancement wird in militärischen Kreisen sehr lebhaft und mit einiger Bitterkeit diskutiert und veranlaßt die „Army and Navy Gazette“ zu einem Rückblick auf den Einshub des Prinzen von Wales im Jahre 1862 und das Unrecht, das dadurch den betroffenen Offizieren und speciell dem General Gough zugefügt worden. — „John Bull“ will wissen, daß der Proceß, den das jamaikanische Comité gegen Mr. Eyre einzuleiten beabsichtige, wahrscheinlich an einem von den Advocaten des Comités nicht vorgeesehenen juristischen Hindernis scheitern, d. h. daß aus Formgründen eine Anklage gar nicht statthaft sein werde.

[Meisterschwemmungen.] Das so plötzlich hereinbrechende Thauwetter und die darauf folgenden Regengüsse haben allenthalben ein starkes Steigen der Gewässer und an vielen Stellen leider auch wieder Überschwemmungen im Gefolge gehabt. Die Grafschaft Dorsetshire, durch ihre derartigen Unglücksfälle besonders ausgezehrt, ist auch dieses Mal, nachdem kaum die Runde von den letzten Überflutungen verlungen, wieder äußerst hart betroffen worden. Im Norden des Distriktes stehen große Streden, so weit das Auge reicht, unter Wasser und Bäume und halb zerstörte Dächer ragen stellenweise über die weite Wasseroberfläche hervor, die Orte zeichnend, wo menschliche Wohnungen, von ihren Inassen verlassen, dem wütenden Elemente zum Spiel wurden. Auf der York- und Scarborough-Bahnlinie gehen auf dem erhöhten Damme die Züge ruhig durchs Wasser, stets eine Locomotive in einiger Entfernung als Piloten oder Vorreiter vor sich. Der Schaden an Bristolschiffen ist jetzt selbst nicht annähernd anzuschlagen; allenthalben Verstärkung, Trümmer, stillstehende Fabriken und große Massen von Arbeitern außer Erwerb. Die Not wird sich bald einfallen, wie die Verstärkung gewiß hat, und bei dem Elend allerseits haben die Unglückslichen nicht einmal die Aussicht, die sie zu anderen Seiten auf die Mildthätigkeit der begüterten Klassen gehabt haben würden.

### M e r i c a .

Newyork, 15. Januar. [Der oberste Gerichtshof] entschied gestern, daß der Testeid der Legislatur von Missouri und derjenigen, den der Congress den Attorneys vor Zulassung zur Praxis beim höchsten Tribunal auferlegt, unconstitutionell sei. In Missouri handelt es sich um einen katholischen Geistlichen, der, ohne den genannten Eid geleistet zu haben, predigte und lehrte und deshalb vom Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen wurde. Im andern Falle kamen zwei bei der Rebellion beteiligte und später vom Präsidenten begnadigte Attorneys bei dem höchsten Gerichtstribunal um ihre Wiedergulassung zur Praxis ein. Nach dem Aussprache des Gerichtes in dieser Sache ist nicht nur der Eid selbst unconstitutionell, sondern der Pardon des Präsidenten befreit die Begnadigten von allen Strafen und rehabilitiert sie in den Augen des Gesetzes auf ihren Standpunkt von vor dem Bürgerkriege. Der Gerichtshof erklärt außerdem, daß der Congress nicht die Macht habe, das Begnadigungsberecht einzuschränken und stellte die Jurisdiction desselben über Attorneys, weil sie Gerichtsbeamte seien, in Abrede (s. unten).

Oberricher Chase und drei andere Richter waren gegen diese Beschlüsse der Majorität.

[In dem Hause der Repräsentanten] kam am 14. die Resolution, die Mr. Loan am 7. einbrachte, betreffend Anklage des Präsidenten, wieder vor. Mr. Loan verlas eine geschriebene Rede, in welcher er den Präsidenten wegen verschiedener Regierungsmaßregeln und Mitwisserschaft um die Ermordung Lincoln's beschuldigte. Mr. Hale fragte, ob solche Sprache parlamentarisch sei. Der Vorsitzende des Hauses erklärte, ein Mitglied dürfe bei Discussion der Resolutionen, die den Präsidenten hoher Staatsverbrechen und Gesetzesverstöße anklagen, ohne Einzelheiten zu spezifizieren, den Präsidenten des Mordes beschuldigen, indem sonst nicht möglich sei, die Grundlage der gemachten Anschuldigungen festzustellen. Nach einer Discussion über diesen Gegenstand ließ der Vorsitzende abstimmen. Das Haus erklärte sich für seine Ansicht und Mr. Loan fuhr, mehrfach von Mr. Hale unterbrochen, in seiner Rede fort, ohne sich für den Augenblick auf bestimmte Facta einzulassen zu wollen. Die Sitzung schloß, ohne den Schluß der Discussion zu bringen. — Mr. Wilson brachte in das Haus der Repräsentanten eine Resolution des Inhaltes, der Finanzminister solle nicht die Macht haben, mehr als 4 Millionen Dollars per Monat einzuziehen. Obgleich die nötigen % des Hauses nicht bei der Abstimmung dafür waren, so zeigte doch die Majorität zu Gunsten des Vorschlags, daß die allgemeine Stimme für Begrenzung und vielleicht Einschränkung der Macht des Finanzministers nach dieser Richtung hin ist.

[Mr. Edgar Cowan] Senator aus Pennsylvania, ist vom Präsidenten dem Senate zum Gesandten beim österreichischen Hofe vorgeschlagen worden.

[Mexicanisches.] Berichten aus Mexico, 8. Januar zufolge, leidet die dortige Kaufmannschaft unter der Uneinigkeit zwischen den Franzosen und Imperialisten. Die Bollioncianten weigern sich, Güter, die Veracruz nach dem 12., dem Tage der französischen Besiegereignung des Zollamtes dafolgt, verliehen, zu verabfolgen. — Marschall Bazaine geriet gegen den 28. d. die Hauptstadt zu verlassen, das letzte französische Detachement aus dem Innern unter General Castagny wurde täglich in der Hauptstadt erwartet und nach ihrer Ankunft sollte der Abmarsch nach Veracruz beginnen. Die geräumten Städte wurden von den Liberalen besetzt. Guadalajara, Guanajuato, San Luis etc. waren in ihren Händen. General Miramon verließ die Hauptstadt, um diese Plätze zu befreien, doch hatte man wenig Hoffnung auf Erfolg seines Unternehmens. Den Imperialisten fehlten Waffen und Geld. Der kaiserliche General Lajard erklärte sich in einer vom General Carlos Alvarado und zahlreichen Offizieren unterzeichneten Proklamation, an der Spitze seiner Truppen gegen den Kaiser und für bewaffnete Neutralität seines Distriktes.

Newyork, 23. Jan. [Das Haus der Repräsentanten] hat eine Bill angenommen, die alle bei der Rebellion beteiligten Personen von der juristischen Praxis ausschließt.

### Provinzial - Zeitung.

Breslau, den 31. Januar. [Tagesbericht.]

\*\* [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde von dem Vorsteher Kaufmann Stettner um 4% Uhr eröffnet. Aus den einleitenden geschäftlichen Mitteilungen heben wir folgende hervor: Das am 18. November verstorbene Fräulein Friederike Wilhelmine Bartels hat der städtischen Armenverwaltung 2000 Thlr. für hiesige Arme und dem Magistrat 10,000 Thlr. mit der Bestimmung vermacht, den jährlichen Hinsenetrug an ihrem Geburtstage, dem 16. Dezember, an 20 unberohltene evangelische Jungfrauen, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, zu verteilen.

Am 7. Februar, Abends 6½ Uhr, begeht der Stolzische Stenographen-Verein im Humanitätsaal das Gedächtnis seines Meisters, zu welchem die Stadtverordneten Haber, Höfferer und Sturm deputirt werden.

Demnächst in die Tagesordnung eingetreten, berichtet die Versammlung den Staat für die Verwaltung der Stadt-Bibliothek und des Stadt-Archivs pro 1867—1869. Stadtv. Dr. Eger befürwortete als Referent der Schulencommission warm die Erhöhung des Gehalts der beiden Custoden auf je 500 Thlr.

Stadtv. Dr. Davidson bemerkte als Mitglied des Curatoriums, die Vereinigung der Bibliothek habe, noch ehe dieselbe dem größten Publikum eröffnet sei, 15,000 Thlr. gefestet; er erkannte die Leistungen des Bibliothekars und der Custoden vollkommen an, finde jedoch den Modus für die beantragte Gehaltserhöhung nicht gerechtfertigt. Stadtv. Dr. Honigmann befürwortet die magistratalische Vorlage, wonach die definitive Anstellung der Custoden abgelehnt und deren Gehalt auf je 400 Thlr. festgelegt werden soll. Bürgermeister Dr. Bartch wies darauf hin, es sei noch fraglich, inwieviel die Würde der Custoden nach vollendeter Katalogisierung der Bibliothek erfordert sein wird. Mit Rücksicht hierauf sei Magistrat gegen die definitive Anstellung und erachte die von ihm vorgeschlagene Gehaltserhöhung um je 50 Thaler, also von 350 auf 400 Thlr., für ausreichend. Stadtv. Dr. Eisner meint, es liege im Interesse der Bibliothek, daß die Custoden möglichst lange im Institut erhalten werden, befürwortet also die lebenslängliche Anstellung; ebenso erklärt sich Redner für die von der Schulencommission empfohlene Gehaltserhöhung.

Nachdem Vorsitzender bemerkte hat, ein Antrag auf lebenslängliche Anstellung liege von anderer Seite nicht vor, wurde die Commissionsvorlage auch vom Stadtv. Dr. Stobbe und wiederholentlich vom Referenten empfohlen. Indes wird bei der hierauf erfolgenden Abstimmung die magistratalische Vorlage unverändert angenommen.

Hierauf genehmigte die Versammlung den Staat für die Verwaltung des Markt- und Bauden-Fonds pro 1867 in allen seinen Positionen, ferner den Staat für die Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten pro 1867 bis 1869 und ebenso die Verstärkung der Mittel zur Unterhaltung des Schießwerder-Gartens pro 1866 um 300 Thlr.

Demnächst wurde die Debatte über den Antrag des Stadtv. Dr. Stein und Gerosen auf Gewährung von Diäten und Reiseosten für die Breslauer Abgeordneten zum norddeutschen Parlament eröffnet. Stadtv. Burghardt und Grun empfahlen das bereits mitgetheilte Commissionsvotum. Stadtv. Dr. Honigmann machte aufmerksam, daß die Vorhalte des Commissionsvotums infolge erledigt seien, als die Vereinbarung eines Diätengeuges in Breslau bisher nicht gelungen. Stadtv. Credner sprach die Bedenken aus, die von einer kleinen Minorität der betreffenden Commissionen bei dem vorliegenden Antrage geltend gemacht wurden. Redner wies auf die Beiträge der Parteien hin.

(Fortsetzung.)

8 Jahr das Amt eines Armenbaters. Von Seiten der Stadtverordneten wurde derselbe durch eine Deputation beglückwünscht.

Unter den Klängen der Musit bewegte sich gestern Abend gegen 7½ Uhr ein imposanter Zug, bestehend aus den Mitgliedern, alten Herren und Gästen des biesigen akademischen Gesang-Vereins, von dem Vereinslocal auf der Kupfermiedestraße aus, über die Schmiedebrücke, den Ring, die Schweidnitzer- und Gartenstraße nach dem Pietsch'schen Locale, um in dem mit Emblemen und Kränzen festlich decorirten Saale ein Stiftungsfest, das zweite, welches der Verein in seiner jetzigen Organisation begeht, zu feiern. Hierzu hatten sich noch mehrere Ehrengäste eingefunden. Im Uebrigen verließ das ganze Fest in einer durchaus würdigen Weise.

\* [Zu den Parlamentswahlen.] Nach einem verlässlichen Ausweis betrug die Zahl der Wahlberechtigten, von welchen die hiesigen vorschriftsmäßig ausgelegten Wählerlisten für das norddeutsche Parlament eingeschlossen wurden, am 15. Januar: 47, am 16.: 55, am 17.: 28,

am 18.: 56, am 19.: 95, am 20. (Sonntag): 52, darunter 11 Arbeiter, am 21.: 209, am 22.: 196, am 23.: 258, insgesamt 996. Von den 63 Reklamationen erfolgten 31 am letzten Tage. Die Berliner Listen, ungefähr vier Mal so viel Wähler enthaltend als die hiesigen, wurden am ersten Tage von 103, am zweiten von 157, am dritten von 293, am vierten von 300, am fünften von 297, am sechsten (Sonntag) von 41, am siebten von 701 und am achten von 620, insgesamt von ca. 2500 Personen eingesehen. Demnach war die Beteiligung in Breslau verhältnismäßig bedeutend lebhafter als in Berlin.

[Weber die Wirksamkeit der Schiedsmänner] biesiger Stadt erfahren wir, daß in den 57 Schiedsmannsbezirken im vorigen Jahre 1863 Sachen verhandelt und davon 573 durch Vergleich, 81 durch Zurechnung der Klage, 1028 durch Ueberweisung an den Richter erledigt wurden und eine Sache am Jahresabschluß anhängig geblieben ist. Es sind somit gegen das Vorjahr 1865 401 Sachen weniger verhandelt worden.

△ [Gewerbliche Kranken- und Unterstützungsstellen in Breslau.] Es besteht hierorts eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Kassen, welche der dringendsten Noth der Gesellen und Arbeiter in Krankheitsfällen steuern. Da sie der Commune einen großen Theil der Armenlast abnehmen, dürfte die Förderung derartiger Institute sicher im Interesse derselben liegen. Die Kassen sind indessen nur für vorübergehende Unfälle bestimmt, gegen lange Krankheit und Invalidität sind die Theilnehmenden noch nicht gesichert, doch besteht man sich neuerdings Einrichtungen zu treffen, welche bei dauernder Arbeitsunfähigkeit unterstützen und bei Invalidität pensionieren; die neu zu gründenden Kassen müssen freilich auf breiterer Basis als der eines Handwerks errichtet werden. Unter den Meistern bestehen ebenfalls nur Kranken- und Sterbekassen; dauernde Unterstützungen gewähren den Wittwen- und Witwensachen manche Innungen. — Es betrug im Jahre 1864 bei der Unterstützungsstätte der Barbiergesellen die Zahl der Theilnehmer 130, Vermögen 130 Thlr.; der Büstmachers Theiln. 30, Berm. 104 Thlr.; der Korbmacher gesellen Theiln. 28, Berm. 81 Thlr.; der Pfefferkücher und Conditor-gegenden Theiln. 159, Berm. 319 Thlr.; der Schornsteinsegergesellen Theiln. 15, Berm. 69 Thlr.; der Tuchmachergesellen Theiln. 24, Berm. 101 Thlr.; der Büttchergesellen Theiln. 120, Berm. 96 Thlr.; der Siebmachergesellen Theiln. 31, Berm. 68 Thlr.; der Seifensieder-gegenden Theiln. 18, Berm. 34 Thlr.; der Seilergesellen Theiln. 15, Berm. 52 Thlr.; der Tapetiergesellen Theiln. 148, Beiträge 184 Thlr., Berm. 22 Thlr.; der Tischlergesellen Theiln. 248, Beiträge 839 Thlr., Berm. 118 Thlr.; der Kupfermiedegegenden Theiln. 65, Vermögen 121 Thlr.; der Tischlergesellen Theilnehmer 1250, Beiträge 2325 Thlr., Bermögen 1586 Thlr., der Drechsler-gegenden Theiln. 160, Beitr. 324, Berm. 157 Thlr.; der Maler- und Lackier-gegenden Theiln. 192, Beitr. 262, Berm. 41 Thlr.; der Buchbindergegenden Theiln. 89, Berm. 63 Thlr.; der Gelbgießer Theiln. 28, Berm. 153 Thlr.; der Klempnergesellen Theiln. 163, Berm. 137 Thlr.; der Hutmachergesellen Theiln. 52, Berm. 400 Thlr.; der Gürtlergesell. Theiln. 30, Berm. 25 Thlr.; der Polamentiergegel. Theiln. 19, Berm. 45 Thlr.; der Nagelchmiedegegenden Theiln. 53, Berm. 66 Thlr.; der Schneidegegenden Theiln. 950, Beitr. 1701, Berm. 439 Thlr.; der Gold- u. Silberarbeitergesell. Theiln. 73, Berm. 70 Thlr.; der Schlossergesell. Theiln. 471, Beitr. 952, Berm. 197 Thlr.; der Stellmacher-gegenden Theiln. 132, Beitr. 244 Thlr.; der Friseurgesell. Theiln. 33, Berm. 103 Thlr.; der Kürschnergesell. Theiln. 78, Berm. 291 Thlr.; der Sattlergesell. Theiln. 155, Beitr. 209 Thlr.; der Schuhmachergesell. Theiln. 723, Beitr. 1404 Thlr.; der Steindrucker gesell. Theiln. 91, Berm. 1166 Thlr.; der Glaser gesell. Theiln. 34, Berm. 23 Thlr.; der Müller gesell. Theiln. 143, Berm. 360 Thlr.; der Zimmergesell. Theiln. 690, Beitr. 1809, Berm. 800 Thlr.; der Kammimacher-gegenden Theiln. 2, Berm. 9 Thlr.; der Maurergesell. Theiln. 1640, Beitr. 2180, Berm. 1475 Thlr.; der Handschuhmacher gesell. Theiln. 32, Berm. 113 Thlr.; der franz. Handschuhm. Theiln. 70, Berm. 150 Thlr.; der Ledergergesell. Theiln. 147, Berm. 155 Thlr.; der Büchner gesell. Theiln. 6, Berm. 45 Thlr.; der Kreisdrucker gesell. Theiln. 167, Berm. 80 Thlr.; der Gerbergesell. Theiln. 19, Berm. 401 Thlr.; der Baudrucker Theiln. 214, Beitr. 2032, Berm. 3093 Thlr.; der Cigarmacher bei W. Brunzow Theiln. 150, Beitr. 303 Thlr.; der Gasanstalt Theiln. 216, Beitr. 1329, Berm. 476 Thlr.; der Spinnerei Friedenthal Theiln. 110, Beitr. 264, Berm. 1670 Thlr.; der Eisengießerei von G. Hofmann Theiln. 193, Beitr. 727 Thlr.; der fremden Zimmerei Theiln. 42, Berm. 38 Thlr.; der Eisengießerei von Böhl Theiln. 220, Beitr. 1021, Berm. 597 Thlr.; der Fabrik von C. F. Ohle's Erben Theiln. 55, Beitr. 276 Thlr.; der Schäferschen Kammgarnspinnerei Theiln. 390, Beitr. 553 Thlr.; des Emaillierwerks von Pringsheim Theiln. 67, Beitr. 264 Thlr.; der Uhrmacher gesell. Theiln. 36, Berm. 130 Thlr.; der Maschinenbauanstalt C. Schmidt u. Co. Theiln. 359, Beitr. 1179 Thlr.; von Linke Theiln. 664, Beitr. 2164 Thlr.; von Gebr. Hoffmann Theiln. 126, Beitr. 510 Thlr. — Es betrug im Ganzen im J. 1864 die Zahl der Kassen 58, der Theilnehmer 11,579, die Summe der Beiträge 132,147 Thlr. (darunter 20,996 Thlr. von den Arbeitgebern), der Vermögensbestände 16,450 Thlr.

+ [In Dr. Korn's Augenklinik.] Antonienstraße Nr. 13, stieg die Anzahl der Patienten im vorigen Jahre, nach Wiedereröffnung der Klinik die während des Krieges wegen Einführung des Dr. Korn zum Militär geschlossen blieb, von 790 auf 1367, darunter 76 Auswärtige. Die tägliche Frequenz betrug durchschnittlich ungefähr 70. — Von größeren Operationen wurde die des grauen Staates fünfmal, die des grünen Staates viermal, die des Schlesischen zweimal mit Erfolg gemacht.

+ [Polizeiliches.] Mit dem gestrigen Abend um 7 Uhr hier eingetroffenen Personenzug der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn langte unter anderen auch die Diaconiss Pauline Zeller aus Sagan an, welche dort längere Zeit in dem militärischen Hilfslazarett fungirt hatte. Sie benützte eine Drosche, um nach dem auf der Klosterstraße belegenen Anstaltsgebäude zu fahren, während ihr Koffer auf die Decke des Wagens festgebunden wurde. Bei der herrschenden Dunkelheit wurde nun während des Fahrens der eine Menge Wände und einige Gebetbücher entdeckt, mit grauer Leinwand überzogene Koffer von Dieben entwendet. Obgleich unweit der Kästnerfassade der Verlust derselben schon bemerkt wurde, so war man doch nicht im Stande, eine Spur der Diebe zu ermitteln.

Böhmisch mit Besitztag belegt: 236 Stück Säcke von denen 15 Stück ges. B. Altmann, resp. Berthold Altmann Breslau, 6 Stück Guard Olendorf Breslau, 16 Stück S. (5 davon mit den Nummern 3, 6, 8, 17 und 23), 4 Stück L. S. und resp. L. S. Breslau, 6 Stück B. L. 2, 5 Stück R. (einer davon R. 3), 3 Stück L. (einer davon L. 158), 4 Stück 3, 286, 336 und resp. 506, 92, 100, 2 Stück M. S. (einer davon M. 3), 2 Stück x, 3 Stück H. Wolff, 2 Stück Rosa Löw, 2 Stück R. L. Wien, 2 Stück S. May Schäfer und M. Schäfer Breslau, 28 Stück J. C. Anwand Breslau, S. May Stein, Böhml. und Comp. Breslau, Salomonsh. und Scheffel Breslau, Schiedlauer Mühle, Dominium Alt-Schlesia, Hertlings Dampfmühle in Groß-Strehlitz, J. Groeger, G. J. Bely, R. B. (mit Krone), A. N. 107½, St. 54, 6. September 231, E. M. J. C. S., S. R. mit einer durchstrichenen Null, B. S. B. S. J. F. 42, G. L. 2, A. K. Nr. 2, S. R. G. J. L. 17, R. C. 147, D. M. L. B. B. L. 100 und mehrere H. U. (jedoch unleserlich) gezeichnet sind. Die übrigen sind theils mit unleserlichen, theils mit gar keinen Zeichen versehen. (Tremdenbl.)

Angetreten: Se. Durchl. Fürst Blücher v. Wahlstadt, a. Schloss Radun. Ihre Excellenz v. Boven, geb. Prinzess Biron von Curland, aus Frankfurt.

= Grünberg, 30. Jan. [Zur Wahl.] Unsere Conservativen sind nun endlich mit ihrem Candidaten an das Licht getreten; es ist dies unser derzeitiger Abgeordneter Hauptmann v. Grävenitz auf Ochelhermsdorf. — Unsere liberale Partei ist inzwischen jedoch auch nicht müsig gemesen. In einer am vergangenen Sonntag in Freystadt abgehaltenen Wahl Versammlung der liberalen Partei wurde ebenfalls, wie bereits früher in Grünberg,

Dr. Berndt als Candidat aufgestellt, nachdem Landrat z. D. zur Menge, der gleichfalls in Aussicht genommen worden war, die Candidatur abgelehnt hatte, da er bereits für Sprottau-Sagan candidire. Gleichzeitig wurde von der Versammlung auch ein Wahl-Comite für den Freystädter Kreis gebildet, das mit dem Grünberger in Verbindung treten wird, um vereint für die Wahl des Dr. Berndt zu wirken. Wahrscheinlich wird nächsten Sonntag wiederum eine Wahl-Versammlung und zwar im großen Gasthof zu Neusalz stattfinden, zu welcher auch auf zahlreiche Besucher aus Beuthen und der Umgegend gehofft wird. Der von Neusalz in Aussicht genommene Candidat, Geh. Commercen-Rath Krause zu Berlin, wird nun wohl seine Candidatur zurückziehen, denn, da sowohl die liberale wie die conservative Partei auf ihren früheren Candidaten beharren, ist die Wahl Krause's, dem nur aus Neusalz und dessen nächster Umgegend Stimmen zufallen könnten, aussichtslos geworden.

Bunzlau, 29. Januar. [Die dritte Wahlversammlung] fand, wie die „Nied. Ztg.“ meldet, gestern hier selbst statt. Durch Acclamation wurde Herr Rechts-Anwalt Minnsberg zur Leitung der Versammlung berufen, welche wieder sehr zahlreich befudt war. Herr Rechts-Anwalt Minnsberg theilte der Versammlung mit, daß seitens der Conservativen der Präsident Graf Rittberg in Glogau als Candidat aufgestellt sei und auch ein von demselben verfasstes Programm bereits hier zur Verbreitung gelangt sei. Seitens der Liberalen ist der Herr Graf zu Dohna in Kohren um Annahme eines Mandates erfuhr, von demselben mit einer Bulle geantwortet und ebenso ein Programm eingefordert worden. Beide Schriftstücke wurden in der Versammlung verlesen. Bei der hierauf folgenden Abstimmung entschieden sich etwa 6 Personen für die Candidatur des Grafen Rittberg, während die übrigen Abstimmenden, und die Versammlung war wohl von 250 Personen befudt, sich für den Grafen zu Dohna entschieden. Zum Schlusse wurde ein Comite gewählt und beauftragt, Stimmzettel drucken zu lassen und für deren mögliche Verbreitung im ganzen Kreise Sorge zu tragen.

N. Liegnitz, 30. Jan. [Zur Tageschronik.] Für uns hat gewissermaßen schon die stille Saison, freilich ein wenig früher, begonnen. Vorläufig ist unsere Bühne geschlossen und wenn sie uns auch nicht viel bot, so nahmen wir das Wenige doch dankbar hin. — Einen Unglücksfall haben wir zu berichten: Der Schriftsteller Hering, ein sehr ordentlicher, nüchterner Mann, Familienvater, ist in dem kleinen Graben, der, von dem Mühlgraben abweigt, zum Betriebe der Schleife Fournierfabrik benutzt wird, in der Nähe der den Gartenstraße nach der Promenade führenden Brücke ertrunken. Wahrscheinlich hat derselbe die Brücke im Dunkel bereift, ist das schlipfrige Ufer hinabgeglitten und in dem eisigen Wasser vom Schlagе brocken worden. — Auch Vilse fehlt uns diesen Winter, und so viel wir vernommen, ist es fraglich, ob er überhaupt nach Liegnitz zurückkehren wird. Für Liegnitz würde das allerdings ein Verlust sein, wenn wir es auch andererseits nicht zu billigen vermögen, wenn Vilse den Boden, auf dem ihm sein Raum erwachsen, für immer verlassen sollte. — Die Wahlagitation ist vollendet, und wird auch conservativerseits sehr stark betrieben. — Von unseren Vereinen sind es besonders das Handlungsdienster-Institut und der Handwerker-Verein, über deren Tätigkeit sich Erfreuliches berichten läßt. In letzterem Verein eröffnete C. Nissel den Reigen der Vorträge mit einer schwungvollen Vor- und Rückschau, dem Fabrikbesitzer Auff mit einem Vortrage über das Eisen und Rector Grubert über Telegraphie folgten. Sonst verläuft unser öffentliches, namentlich unser politisches Leben ziemlich still, obgleich auch wir an Pessimisten und verbissenen Anhängern Jacoby's keinen Mangel leiden.

# Aus dem Niesengebirge, 30. Jan. [Unglücksfälle.] Innerhalb 14 Tagen drei Unglücksfälle an einer Stelle! Das ist etwas arg. Es ist um so schlimmer, als sich schon in früheren Jahren zwei Unglücksfälle an dieser Stelle ereignet haben. Ein Beweis, daß nicht die Verunglückten allein die Schuld des Unglücks tragen, sondern daß die Stelle selbst eine höchst gefährliche und mit keiner Barriere oder einem Warnungszeichen versehen ist. Das linke Ufer des Haubwassers zwischen der „Salzbrücke“ zu Warmbrunn und dem „Treppensteige“ in Hermsdorf besteht an einer Stelle unterhalb des Wehrs aus einer senkrechten, ziemlich hohen Mauer, an deren Fuß gewaltige Steine lagern. Diese Stelle berührt in einem scharfen Bogen der schmale, ziemlich frequentierte in finsternen Nächten aber leider nicht erreichte Weg der sogenannten Salzgasse und führt an der äußersten Kante des Ufers entlang bis zum „Treppensteige“. Eine Schuhwege ist nirgends angebracht. Schon früher sind an der eben bezeichneten Stelle zwei, in den lebhaftesten 14 Tagen aber drei Personen über die hohe Ufermauer in's Wasser gestürzt. Von diesen 5 Personen ist nur ein Mann ohne erhebliche Verletzungen davongetragen, die übrigen vier Personen haben den Sturz längere Zeit zu beklagen gehabt. Zum Glück für sie war der Wasserstand gerade ein äußerst niedriger. Das Verlangen nach schützenden Barrieren an allen gefährlichen Stellen, ganz besonders aber an der oben bezeichneten, ist ein sehr gerechtfertigtes. — Warmbrunn hat vor kurzem den „ersten Versuch“ mit der Beleuchtung einiger Straßen gewagt. Wir wünschen recht sehr, daß die Probezeit nicht allzulang ausgedehnt werden möchte, daß vielmehr die neuen Lampen die schwere Brüder bald bestehen und sämtliche Strassen und Wege mit reich vielen Lampen schleunigst bekleidt werden möchten. Wie nothwendig die Erfüllung dieses Wunsches, hat vorgestern noch ein anderer, sehr zu beklagender Unglücksfall bewiesen. Einer unserer Geistlichen wird am späten Abend zu einem Kranken gerufen. Bei der großen Finsterniß stürzt er über einen Prellstein und bricht den Arm.

\* Mömpf, 30. Januar. [Zur Wahl.] Der Abgeordnete Freiherr v. Bünker-Olbendorf veröffentlicht d. d. Berlin 24. d. M. Folgendes im biesigen Wochenblatt: „Ich habe eine Einladung zu einer Vorwahl-Versammlung in Strehlen zu Sonntag, den 3. Februar, erhalten. Aus der „Breslauer Zeitung“ ersehe ich, daß diese Versammlung bereits am Sonntag, den 27. d. M., stattfinden soll. Da ich es nicht mehr möglich machen kann, zu letzterem Tage zu erscheinen, so ergebe ich den Weg der öffentlichen Bekanntmachung, um zu erklären, daß ich, wenn am 3. Februar eine Versammlung stattfinden wird, zu derselben zu kommen beabsichtige. Ich wünsche, daß sich dann daran nicht nur meine näheren politischen Freunde, sondern auch alle Diejenigen möglichst zahlreich beteiligen mögen, welche ernstlich wollen, daß der norddeutsche Bund zu Stande komme; denn die Frage des norddeutschen Bundes steht meines Erachtens hoch über allen bisherigen Parteifragen.“ Die Mitglieder des conservativen Vereins im Wahlkreis Strehlen-Nimpf sind für den 1. Februar zu einer Wahl-Vorversammlung nach Strehlen geladen worden.

△ Brieg, 30. Jan. [Die heutige Wahl-Versammlung.] die vom biesigen liberalen Wahlvereine im Saale des Schauspielhauses angeordnet worden war, war sehr zahlreich befudt. Sie wurde von Herrn Dr. Bassett, als dem Vorsitzenden des Wahlvereins, eröffnet, welcher in ausführlicher Mittheilung die Veranlassung zu der heutigen Versammlung auseinandersetzte, woraus hervorging, daß daszjenige Comite, welches die Wahl des Herrn Bürgermeister Dr. Riedel zum Reichstag-Abgeordneten für den Wahlkreis Brieg-Namslau empfiehlt, an den Vorstand des liberalen Wahlvereins das Ertragen gestellt hatte, in gemeinschaftlicher Beratung über die zu treffende Wahl des Reichstags-Abgeordneten zu treten. Dielem Wunsche war gewilligt und demzufolge dem Redner, welcher die Wahl des Herrn Bürgermeister Dr. Riedel befürwortete, zuerst das Wort ertheilt worden. Dafür sprachen die Herren Rechtsanwalt v. Prittwitz und Gewerbeschul-Director Döggereith; für den Wahlkandidaten der liberalen Partei, Herrn Bau-Inspector a. D. Hoffmann zu Görlitz, sprachen die Herren Redacteur König, Dr. Bassett, Dr. Primler und Kassen-Direktor a. D. Simon. Eine am Schluß der Beratung vorgenommene Abstimmung ergab gegen eine fast verschwindende Minorität (die für Herrn Bürgermeister Dr. Riedel stimmte) eine deutlich überwiegende Majorität für Herrn Bau-Inspector Hoffmann.

-r. Namslau, 30. Januar. [Vermehrung unserer Garnison.] Zum Bau der Rechte-Öder-Ufer-Eisenbahn. — Vom Chef des 2ten Schlesischen Dragoner-Regiments (Nr. 8), dem Herrn Oberst v. Wichmann, ist vorgestern an unseren Magistrat die ersteuliche Nachricht gelangt, daß die 8te (Ersatz-) Escadrone des gedachten Regiments nach Namslau in Garnison kommt. Diese Angelegenheit ist also, trotz aller Anstrengungen der Stadt-Commune Oels, die im Geiste schon drei Escadronen jenes Regiments, dafür aber keine Infanterie in ihren Mauern einquartiert sah, und trotz des Widerworts Ihres Correspontenten aus Polnisch-Wartenberg dennoch zu unseren Gunsten entschieden worden und die Väter der Stadt haben nun zu ihren vielen anderen Sorgen noch den Kummer aufgelegt erhalten, wobei sie den Stall für die Pferde der neuen Garnison bauen sollen. Eine Besichtigung des Militär-Lazareths hat ergeben, daß dessen Räume auch für eine zweite Escadrone ausreichen; ebenso genügt die Reitbahn, welche beide Escadronen abwechselnd benützen werden. Der Bau des Pferdestalles aber muß beginnen, sobald es nur irgend die Witterungsverhältnisse gestatten. — Ende voriger Woche ist hierorts das Terrain zum Bahnhof (im Ganzen 17 Morgen) angelaufen und es sind pro Morgen des hier sehr guten Ader- und

Wiesenlandes bis 300 Thlr. bezahlt worden. Die Eisenbahn-Direction bezahlt pro Morgen nur 100 Thlr. und die Commune hat, wie bereits erwähnt, das übrige Kaufgeld pro Morgen zuguschießen. Hierdurch ist ihr eine Ausgabe von 2400 Thlr. erwachsen, welche sich aber auf 2000 Thlr. reducieren wird, weil von jenen 17 Morgen noch dasjenige Terrain in Abzug kommt, welches von dem Doppelgleis der Bahn eingenommen wird. Die Erdarbeiter bei Wilau schreiten in der Richtung nach Namslau rasch vorwärts und werden dort über 200 Arbeiter beschäftigt.

≈ Pol.-Wartenberg, 30. Jan. [Bur Parlamentswahl.] Jetzt fängt man auch hier an, für die Wahlen zu wirken. Aufrufe an die Wähler von Seiten des liberalen Comite's aus Oels für die Candidatur des Grafen Dyrhn und von Seiten des conservativen (ohne Unterschriften) für Prinz Biron von Curland sind hier sehr zahlreich unter die Einwohnerchaft verbreitet worden. — Bei der am Sonntag abgehaltenen Wählerversammlung in Oels wurde das liberale Comite für Wartenberg durch Herrn Kreisrichter Esch von hier und für Festenberg durch Herrn Rechtsanwalt Lottermooser dasselbe verstärkt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Graf Dyrhn durch die Wähler der Städte Oels, Bernstadt, Wartenberg und Festenberg die Majorität erhalten. Aus naheliegenden Gründen werden unsere Landbewohner für Prinz Biron stimmen. — Am 4. Februar findet bei uns die Wahl eines Bürgermeisters statt.

= o. Von der Oppa, 29. Januar. [Bur Wahl.] Nachdem wir in Nr. 43 dieser Ztg. bereits über die von dem Kreise Leobschütz in Aussicht genommenen beiden Candidaten für das norddeutsche Parlament: die Herren Geh. Regierungs- und Landrat Waggon und Graf Hans v. Oppendorff berichtet, tritt urplötzlich wie ein deus ex machina der frühere Justiziar Herr A. Hanke als neuer, unerwarteter Candidat auf. Wir lassen das Flugblättchen, womit hr. Hanke vor das Publikum tritt und das dieser Tage in bedeutender Menge unter dem Landvolk zumal verbreitet worden, hier als Curiosum folgen:

Mein Erfuchen.

\* Breslau, 31. Jan. [Jahresbericht.] Das Jahr 1866 kann auch für das Lebgeräft nicht als durchweg günstig bezeichnet werden. Für manchen Einzelnen Vorit hingend, hatte doch im Allgemeinen das Geschäft gleich anderen Geäfts-Branchen von den Zeitverhältnissen zu leiden. Das trockene Rindhäutegeschäft zeigte nur zeitweise etwas Leben, während des Krieges bis zu Ende v. J. war weder ein größerer Verkehr noch eine Ausfuhr in diesem Artikel vom hiesigen Platze wahrscheinlich. Die flauen Stimmung und gedrückten Preise im Jahre 1865 veranlaßten, daß bei dem Ende 1865 und Anfang 1866 eingetretene Bedarf in Österreich hier und in der Provinz mehreres angekauft und ausgeführt wurde und einiger Verlehr und Umsatz stattfand, ohne deshalb eine größere Preissteigerung herbeizuführen, was wohl mit in der für diese Jahreszeit fallenden geringen Qualität der Häute zu suchen ist. Die darauf eingetretene Kriegsperiode brachte jedoch bald wieder eine Stockung her vor, die erst nach dem Frieden bei dem eingetretenen Bedarf für gutes Leder nachließ und für Rindhäute erst in den letzten Monaten v. J. ein Geschäft eintrat. Unsre Gerber und Fabrikanten hier, sowie auch österreichische Käufer in der Provinz schritten zu neuem Ankauf, wodurch die Lager, vornehmlich in Sommerware, bald geräumt wurden. Das im vorigen Jahr hier verkaufte und aufgeführte Quantum trockner Häute dürfte auf circa 40,000 Stück anzunehmen sein und stellten sich die Durchschnittspreise auf 20 bis 22 Thlr. per Centner. — Für dieses Jahr scheint das Geschäft sich besser zu gestalten, die Witterung und der dadurch bedingte Mehrbedarf in garem Leder kam bei einiger Ausfuhr recht bald ein größeres Geschäft hervorbringen und bei einiger Speculation auch die Preise wieder steigern.

Das Kalbfellgeschäft hatte voriges Jahr große Abweichungen erfahren. Wie gewöhnlich waren in den ersten Monaten bei der geringen Zufuhr und Lager bei großer Nachfrage auch höhere Preise, es trat dann bis zum Juni ein sehr lebhaftes Verkehr ein, der aber eben so schnell beim Eintritt der Kriegsperiode wieder nachließ. Durch die in dieser Zeit vermehrte Schlachtung der Tiere sammelte sich mehr Lager von Fellen. Dieses, sowie die Zeitverhältnisse drückten die Preise und veranlaßten einen bedeutenden Fabrikanten aus Süddeutschland zur Spekulation und grössem Ankauf auch hier wie in der Provinz. Die Preise würden dadurch wohl etwas angehoben haben, wenn der Güter-Verkehr und der schwere Transport bei den Eisenbahnen nicht gehemmt und dem Geschäft nicht bedeutend geschadet hätte. Die Friedensausicht und verminderde Gefahr der Transportverhältnisse brachte nun bald mehr Geschäftsherrlichkeit. Das noch vorhandene Lager ward bald geräumt, und zogen die Preise ebenso rasch als sie vorher zurückgegangen waren, wieder an, so daß nach dem Frieden im August und September eine Steigerung von 25 bis 30% anzunehmen war, die sich auch fort bis Ende des vorigen Jahres erhöht und bei grösser und schwerer Ware noch steigerte. Das Quantum der ausgeführten Felle kann höher als das im Jahre 1865 anzusiedeln sein, und über 300,000 Stück betragen. Die dafür angelegten Preise variirten sehr (wie es fast seit 1857 nicht der Fall war) man zahlte in den ersten Monaten für grosse Ware 260—265 Pf. per 100 Stück 150 Thlr., für Mittelware von 210—200 Pf. — 115—120 Thlr. per 100 Stück — was ca. auf 17 Sgr. pro Pfund in guter Wintertröpfung anzunehmen war. Bei einem Aufschlag für grosse Ware im März und April trat dann im Mai schon ein Aufschlag ein, der bei den zunehmenden Kriegsdimensionen im Juni bei guter Sommertröpfung auf 12 bis 13 Sgr. per Pfund sich stellte. — Der erneute Begehr brachte Ende Juli bald 14 bis 15 Sgr. per Pfund, der sich in den folgenden Monaten steigerte und alle früheren Preise überholte. Diese fortanhaltende Nachfrage bringt auch diese hohen Preise in das neue Jahr herüber, zwar eigentlich nur für grosse schwere Ware, doch dürfen bei dem schleppenden Geschäftsgang des Fabrikats diese nicht immer gerechtfertigt sein und bei der bald eintretenden Frühjahrs-Witterung und vermehrtem Lager einen Rückgang erleben.

Moritz Lobenthal.

#### Zins- und Dividendenzahlungen.

Rheinische Eisenbahn. Die neuen Dividendenrheine pr. 1867 bis incl. 1876 zu den Stammactien Nr. 1—80,200 werden nur noch bis Ende Februar bei der Effecten-Verwaltung in dem Directions-Gebäude der Gesellschaft in Köln verabreicht.

#### Ginnahmen.

Thüringische Eisenbahn. Ginnahme im Dezember v. J. 220,623 Thlr. oder 26,128 Thlr. mehr als im Dezember 1865. Die Gummiteinnahme des Jahres 1866 beträgt 2,677,872 Thlr. oder 68,079 Thlr. weniger als die des Jahres 1865.

Leipzig-Dresdener Eisenbahn. Ginnahme im Dezember 1866:

|  |                  |     |    |
|--|------------------|-----|----|
| Hierzu vom 1. Januar bis ult. November 1866                                    | Thlr. 1,830,498. | 16. | 9. |
| Derne Polizei- und Magdeburger Strecke im IV. Quartal, angenommen zu . . . . . | Thlr. 21,908.    | 2.  | 1. |
| Summa  | Thlr. 2,18,175.  | 25. | —  |
| excl. noch rücksichtiger Militärtransportsosten.                               |                  |     |    |
| Vom 1. Januar bis ult. Dezember 1865 . . . . .                                 | Thlr. 2,409,628. | 11. | 1. |
| Minder-Ginnahme bis ult. Dezember 1866 gegen 1865 . . . . .                    | Thlr. 227,452.   | 16. | 1. |

Worbefählt späterer Fällstellung.

Oesterreichische Südbahn. (Lombarden.) Ginnahme in der Woche vom 8. bis 14. Januar.

| 1867   | 1866         | 1867           |
|--|--------------|----------------|
| Fl. Kr.  | Fl. Kr.      | Fl. Kr.        |
| Südbsterr. Neb. . . . .                          | 405,967 84   | 329,695 34 +   |
| Italien. do. . . . .                             | 332,365 61   | 312,205 65 +   |
| Zusammen . . . . .                               | 738,333 45   | 651,900 99 +   |
| Vom vor. Ausweis . . . . .                       | 680,977 83   | 599,639 25 +   |
| Gesamteinr. vom 1. Jan. bis 14. Januar . . . . . | 1,419,311 28 | 1,251,540 24 + |
|  |              | 167,711 04     |

#### Auswärtiger amtlicher Wasser-Rapport.

Am 30. Januar, Nachm. 5½ Uhr, stand das Wasser der Oder an dem Beuel zu Ratibor 10 Fuß bei Gießgang; am 31. Jan., Früh 7 Uhr, 14 Fuß 3 Zoll bei schwachem Gießgang.

#### Eisenbahn-Zeitung.

Breslau, 31. Jan. [Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn] constituirte sich in seiner gestrigen ersten Monatsconferenz, indem er den Commercierrath Frank zum Vorsitzenden und den Stadtrath Becker zum Stellvertreter desselben wählte. Diese beiden Mitglieder und Bankdirector Fromberg wurden demnächst in eine Special-Commission gewählt, welche auf Antrag des Letzteren, einen gutachtlischen Bericht darüber zu erstatten haben, ob und in welcher Weise der im Laufe dieses Jahres (am 22. Mai) zurückspringe 25jährige Zeitabschnitt seit der Inbetriebsetzung der Strecke Breslau-Oblau festlich begangen werden solle. — In Anerkennung der Bedeutsamkeit des Ereignisses für die Verkehrsentwicklung der ganzen Provinz war im Schoße des Verwaltungsrathes wie der königlichen Direction keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß das Jubelfest jedenfalls begangen und durch Herausgabe einer die Entstehungsgeschichte des Unternehmens schildernden Jubeldenkchrift für das Andenken der Nachkommen fixirt werde. Weitere Anträge bleiben der Commission vorbehalten. — In derselben Sitzung beschäftigte sich der Verwaltungsrath mit einem aus dem Kriegsministerium stammenden Project, den jetzigen Bahnhof zu Kandrin zu kassieren und statt desselben für die Oberschlesische, die Wilhelmsbahn und die von dem Grafen Sierstorff projektierte neue Verbindungsbahn Cösl-Neisse-Frankenstein einen neuen gemeinschaftlichen Bahnhof zwischen der Oberschlesischen und Pogreblitz im Feuerbereich der Festung Cösl anzulegen. — Der Verwaltungsrath erklärte sich um so weniger geneigt, dieses Project zu unterstützen oder gar die Gesellschaft mit einem Theile der Kosten dieser Verlegung zu belasten, als die letztere eine Verlängerung der Entfernung zwischen Gleiwitz und Breslau von mehr als ½ Meile bedingen und solcher Gestalt den Verkehr nur benachtheiligen würde.

△ Breslau, 31. Jan. [Neues Eisenbahn-Project.] Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt, den Bau einer Bahn von Cösl über Neisse nach Glatz, und von Breslau über Guben nach Berlin zu übernehmen.

Tilsit-Taurogen-Riga. Tilsit, 27. Jan. Die Angelegenheit für die Tilsit-Taurogen-Rigaer Eisenbahn ist jetzt wieder ernstlich in Angriff genommen worden. Das dazu gebildete Comité hat dieserhalb bedeutende Schritte unternommen und ist demnächst von einflussreichen hochgestellten Personen kräftige Unterstützung in Aussicht gestellt. Selbst der Erbau einer festen Eisenbahnbrücke über die Memel, Kurmesperis und Uszlenis nach Bubeln bin ist an competenten Stellen aus Staatsmitteln als Beihilfe versprochen worden, sobald neben der Tilsit-Viameier Bahn die nötigen Concessionen zum Weiterbau nach Russland von dem russischen Ministerium gesichert sein werden. Falls dieses Project zur Ausführung kommen sollte, würde nicht allein Tilsit, sowie der weite Umkreis, im Handel, Gewerbe und Verkehr außerordentlich gewinnen, sondern auch ganz besonders die Rentabilität der Tilsit-Insterburger Eisenbahn dadurch merklich gesteigert werden, indem diese Bahn, sobald die südlicher und westlicher gelegenen, theils im Bau, theils in den Vorarbeiten begriffenen und projectierten Bahnen hergerichtet sein werden — und das wird nicht mehr lange dauern — derselbst zwischen Paris, über Frankfurt a. M. nach Petersburg, in Folge der recht bedeutend kürzeren Tour, die größte Hauptbahn werden wird.

#### Vorträge und Vereine.

\*\* Breslau, 31. Jan. [In der gestrigen Männerversammlung der städtischen Ressource leitete Herr Dr. Eger die Besprechung eines Themas ein, das gegenwärtig, wie er sagte, bei dem nahen Zusammentreffen des norddeutschen Parlaments von doppelter Bedeutung ist, nämlich die Frage: wie die als nothwendig erkannte Freizügigkeit am besten für Deutschland gesetzlich zu regeln sei? Redner erinnerte an die älteren mangelhaften Bestimmungen des entschlafenen Bundestages, sowie an die der „deutschen Grundrechte“, wonach jeder Deutsche das Recht hat, an jedem Orte des Reichsgebietes zu wohnen, Gewerbe zu betreiben u. c. Hierdurch sei die volle nationale, sociale und wirtschaftliche Freiheit für jedes deutsche Individuum ausgesprochen; als die entsprechenden Bedingungen werden die gesetzlichen Normen für das Heimathrecht und die Gewerbefreiheit festgestellt. In den meisten deutschen Staaten sind die in dieser Hinsicht bestehenden Schwanken sehr verschieden, zumal seitdem das Manneuß'sche Regime die Freiheit überall mehr oder minder niedergedrückt hat. Gegen die Freizügigkeit werden in den Gemeinden allerlei Beschränkungen vor Überarbeitung durch Armeinspekte geltend gemacht. Redner erinnerte daran, wie die gleichen Beschränkungen bei Aufhebung des Einzugs geldes in Breslau sich als völlig ungerechtfertigt erwiesen haben, so daß diese Maßregel jetzt sogar allgemein durch das Gesetz eingeführt werden soll. Redner wies ferner nach, gerade durch die Annexionen werde der bisherige Widerstand gegen die freie wirtschaftliche Entwicklung am wirksamsten bekämpft. Nach einem historischen Rückblick bemerkte er, Preußen sei in Bezug auf das Heimathrecht am weitesten vorgetreten, indem hier jeder in jeder Gemeinde seinen Wohnsitz nehmen kann, wenn er nicht innerhalb eines Jahres Armenunterstützung empfängt. Viel wäre schon gewonnen, wenn die deutsche Freizügigkeit selbst mit der Beschränkung festgestellt wird, daß das volle Bürgerrecht erst nach 3—5 Jahren erworben werden kann. Freilich müsse die Freizügigkeit mit der Gewerbefreiheit stets Hand in Hand geben. Unter Hinweis auf das innige Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde ging Redner nun auf die verschiedenen Arten der Armenpflege ein, den Nachtheiten der obligatorischen in England an den günstigen Erfolge der facultativen Armenpflege in Frankreich gegenüberstellend, die er als musterhaft und nachahmungswert hielte. In einem späteren Vortrage will Redner aus Grund der bisherigen Erfahrungen ausführen, wie die Regelung der Armenpflege, die allerdings ein wesentliches Moment bei der Freizügigkeit bildet, sich in Deutschland praktisch gestalten ließe. An das Gesagte knüpft sich eine längere anregende Debatte. Herr Hoffrichter sprach sich dahin aus, wenn man den Staat als eine Familie betrachte, so dürfe die Armenpflege nicht blos eine freiwillige sein, sondern muß ihm als eine bestimmte Verpflichtung auferlegt werden, damit auch der Arbeitsfähigkeit ein menschenwürdiges Dasein habe und nicht auf die öffentliche oder Privat-Wohltätigkeits angewiesen sei. Daraus entgegnete der Vortragende, die Armenpflege erfordere genaues Eingehen auf die individuellen Verhältnisse; die Arbeiter bedarfen sich für die Armenpflege, man gebe ihnen das freie Coalitionsrecht und sie werden sich in Pensionen, Sterbefallen und ähnlichen Instituten vor Not und Verarmung am besten selbst schützen; für die Waisen, Kranke, Sieche und Gebrechliche sind die Hospitäler und der gleichen Anstalten vorhanden. Herr Gundlach betonte die Pflicht des Staates, für die Armen zu sorgen; ebenso wie er seinen invaliden Beamten durch Pensionen den notwendigen Unterhalt gewährt, müsse er auch den invalid gewordenen Arbeiter ernähren, was nicht blos eine Art der Gnade sein dürfe. — Ein anderer Redner hob dagegen hervor, für den Beamten, der seine Kräfte im Staatsdienste verwendet und kein Vermögen erwerben kann, liege die staatliche Verpflichtung unabdingbar vor, der Kaufmann und der Arbeiter mögen aber in günstiger Zeit für das Alter bedacht sein. In ähnlichem Sinne äußerte sich Herr Orthmann. Herr Hayne befürwortete, daß der Arbeiter mit der Freizügigkeit vor Allem auch die volle Gewerbefreiheit erhalten. Herr Krause sprach für Aufhebung der Gewerbesteuer, die sich gerade für die arbeitenden Klassen als drückende Last erwiesen habe. Demnächst wurde die Versammlung geschlossen.

#### Sprechsaal.

##### Zur Salzsteuerfrage.

In Ratibor kostete bisher, wie überall in Preußen, die Tonne Salz 12 Thlr., — es kosten dennoch 100 Pfund Salz (die Tonne mit 378 Pfund Netto berechnet) 3 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. Wird das Salz-Monopol ausgehaben, und statt dessen eine Steuer von 2 Thlr. per Centner eingeführt und das für den hiesigen Ort nötige Salz, wie bisher, von Stolp her bezogen, so kosten dann 100 Pf. Frach inkl. Rollgeld franco ins Magazin Ratibor bezogen . . . . . 13 Sgr. 8 Pf. hierzu Salzsteuer mit . . . . . 2 Thlr. — Sgr. — Pf.

es bleiben demnach im Verhältniß zum gegenwärtigen Monopolpreise nur 21 Sgr. 7 Pf. zum Ankau von 100 Pf. Salz zur Anschaffung der Fästade oder des Sades, auf Porto und event. Brutto-Gewinn, wenn der Kaufmann hierorts im Stande sein soll, das Salz so billig wie bisher ein gros verlauen zu können — en detail kostet das Pf. hierorts 1 Sgr.

Wenn nun der Kaufmann in Abrechnung des großen Salz-Consums auf Verzinsung und Amortisation des Anlage-Capitals oder der Miete eines Salzspeichers resp. auf dessen Zustandhaltung und auf Abnutzung der Utensilien, auf Zinsen von Betriebs-Capital, auf Anteil in den Handlungs-Unternehmungen, auf mögliche Verluste und auf Entgelt für seine Arbeit und Mühe einen nur sehr niedrigen Aufschlag von 3 Sgr. auf die Fässer oder die Säcke 4 Sgr. möglich veransetzt, so bleiben nur noch 14 Sgr. 7 Pf. zum Ankau von 100 Pf. Salz in Stolpfrith — da der Preis, für welches das königliche Salzwerk in Stolpfrith, nach Aufhebung des Monopols den Centner Salz verlauen wird, nicht bekannt ist, derselbe jedenfalls aber nicht unter 14½ Sgr. sinken wird, so wird der Kreis Ratibor und mit ihm fast ganz Oberschlesien, durch die Aufhebung des Salz-Monopols kein billigeres Salz haben, im Gegenteil werden Städte und Kreise in Oberschlesien, welche nicht so günstig wie Ratibor dicht an der Eisenbahn gelegen sind, noch höhere Preise für Salz zahlen müssen.

Ratibor, den 26. Januar 1867. Th. Pyrkosch.

#### Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

##### Subhastationen im Februar.

Reg.-Bezirk Breslau.

Breslau, Grundstück Nr. 3 der Blücherstraße, abg. 8772 Thlr. 4. Februar 11½ U. Stadtger. I. Abth. Breslau. Wioska, Grundstück Nr. 37, 40 und 42, abg. 2830 Thlr. 4. Februar 11 U. Kreis-Ger. I. Abth. Poln.-Wartenberg. Kl.-Woitsdorf, Grundstück Nr. 5, abg. 1200 Thlr. 8. Februar 11 U. Kreis-Ger. I. Abth. Poln.-Wartenberg. Friedersdorf, Freistell. Nr. 23, abg. 1100 Thlr. 9. Februar 11 U. Kreis-Ger. II. Abth. Streblen. Frankensteine, Haus Nr. 289, abg. 3215 Thlr. 22. Februar 11 U. Kreis-Ger. I. Abth. Frankensteine. Nieder-Gutsdorf, Gartengrundstück Nr. 38, abg. 1875 Thlr. 18. Februar 11 U. Kreis-Ger. I. Abth. Striegau. Charlottenbrunn, Haus Nr. 71, abg. 2680 Thlr. 16. Februar 11 U. Kreis-Gericht. I. Abth. Waldenburg. Siegeln, Mühlen-Grundstück Nr. 18, abg. 4060 Thlr. 16. Februar 11 Uhr. Kreis-Ger. I. Abth. Wohlau. Leuthen, Bauergut Nr. 3, abg. 7800 Thlr. 15. Februar 11 U. Kreis-Ger. Comm. Landes. Maistrisdorf, Stelle Nr. 2, abg. 2617 Thlr. 18. Februar 11 U. Kreis-Ger. Comm. Reichenstein.

Mechwitz, Restbauergut Nr. 2, abg. 4258 Thlr. 14. Februar 11 U. Kreis-Ger. Comm. Wanzen.

Alt-Wansen, Bauergut Nr. 22, abg. 4461 Thlr. 13. Februar 11 U. Kreis-Ger. Comm. Wanzen.

Neue Dorf, Bauergut Nr. 14, abg. 5823 Thlr. 15. Februar 11 U. Kreis-Ger. 4 Uhr.

Kreis-Ger. II. Abth. Habelschwerdt.

Lassowitz, Bauergut Nr. 42, abg. 5740 Thlr. 28. Februar 11 U. Kreis-Ger. II. Abth. Ohlau.

Lorenzendorf, Reitbauergut Nr. 16, abg. 3200 Thlr. und Aderstädt Nr. 21, abg. 1575 Thlr. 21. Februar 12 U. Kreis-Ger. II. Abth. Ohlau.

Quarzendorf, Grundstück Nr. 12, abg. 2015 Thlr. 8. Februar 11 U. Kreis-Ger. 4 Uhr.

Steinseiferdorf, Freihaus Nr. 84, abg. 3420 Thlr. 21. Februar 11½ U. Kreis-Ger. I. Abth. Reichenbach.

Camenz, Häuslerstelle Nr. 1, abg. 2350 Thlr. 27

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 31. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.]  
Bergisch-Märkische 151%. Breslau-Freiburger 140%. Neisse-Brieger 102%.  
Kiel-Oderberg 54%. Galizier 84%. Köln-Würzburg 144. Lombarden 104%. Mainz-Ludwigshafen 129. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 81.  
Oberschles. Litt. A. 180. Oester. Staatsbahn 106%. Opeln-Zarnowitz 74%. Rheinische 115. Warchau-Wien 61%. Darmstädter Credit 82%.  
Disconto-Commandit 1. Minerv 38%. Österreich. Credit-Acien 82%.  
Schiere. Bankverein 114. 5proc. Breuk. Anleihe 103%. 4½ proc. Breuk. Anl. 99%. 3½ proc. Staatschuldsscheine 85%. Oester. National-Anl. 55.  
Silber-Anleihe 60%. 1860er Loos 67. 1864er Loos 43%. Italien Anleihe 55. Amerikan. Anleihe 77%. Russ. 1866er Anleihe 90%. Russ. Banknoten 82%. Oester. Banknoten 77%. Hamburg 2 Monate 151%. London 3 Monate 6. 22%. Wien 2 Monate 77. Warchau 8 Tage 82%. Paris 2 Monate 80%. Russisch-Polnische Schatzobligationen 62%. Polnische Pfandsbriefe 61. Bayerische Prämien-Anl. 102%. 4½ proc. Oberschles. Prior. F. 94. Schlesische Rentenbriefe 92%. Posener Creditsscheine 88%. — Fest-Destreichisches lebhaft.

Wien, 31. Januar. [Schluß-Course.] 5proc. Metalliques 59. 80. National-Anlehen 70. 50. 1860er Loos 87%. 1864er Loos 82. 10. Credit-Acien 168. — Nordbahn 163. — Galizier 218. 25. Böhmisches Westbahn 158. — Staats-Eisenbahn-Acien-Cert. 206. — Lomb. Eisenbahn 203. 75. London 130. 80. Paris 52. — Hamburg 94. 25. Kassenscheine 194. 50. Rapoldsond 10. 47.

Newyork, 30. Januar. Wechsel auf London 109. Godagio 35. Bonds 107%. Illinois 114. Erie 55%. Petroleum, robes, 19½%, flau.

Berlin, 31. Jan. Roggen: mitter. Jan.-Febr. 55%. Febr.-März. April-Mai 54%. Mai-Juni 55. — Rübbi: mitter. Januar-Febr. 11%. April-Mai 11½%. — Spiritus: fest. Jan.-Febr. 17%. Febr.-März 17%. April-Mai 17½%. Mai-Juni 17½%.

(M. Kurnil's T. B.)

Stettin, 31. Januar. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizenmatt pro Jan.-Febr. 83. Frühjahr 84. — Roggen unverändert, pro Jan.-Febr. 56. Frühjahr 54. Mai-Juni 54%. — Gerste geschäftslos, pro Frühjahr. — Hafer geschäftslos, pro Frühjahr. — Rübbi stille, pro Jan.-Febr. 11%. April-Mai 11%. Br. — Spiritus unverändert, pro Jan.-Febr. 16%. Frühj. 16% Br.

### Inserate.

Motto: Aus der Vergangenheit lernen wir die Zukunft.

Meine Freunde und Mitbürger!

[1566]

Wir leben in einer großen Zeit. Das norddeutsche Parlament tritt zusammen und soll über die Zukunft Deutschlands, vielleicht für Jahrhunderte entscheiden. Lassen Sie uns nun alle hand anlegen, damit der schöne Bau des deutschen Einigungsvertrages recht fest und dauerhaft ausgeführt werde. — Damit aber meine Worte nicht ohne Wirkung verhallen, halte ich es für nötig, mich selbst über mein Verhalten im Jahre 1848 zu rechtfertigen.

Sie wissen alle, daß in den Märttagen dieses Jahres in Breslau vollständige Anarchie herrschte und der Bürgerkrieg vor der Thüre stand.

Da traten 3 Männer zusammen und überlegten, was zu thun sei, um einerseits die Ruhe wieder herzustellen, andererseits die Bewegung in den richtigen Kanal zu lenken, um das Wohl des ganzen Volkes dauernd zu begründen.

Diese 3 Männer waren der Eisenbahn-Commissarius Aegg, später beim Reichstag, Heinrich Simon und ich. Sie entwarfen das Programm für eine nach Berlin zu entsendende Deputation. — Bei dieser Gelegenheit machte ich den Vorschlag: der König müsse bewogen werden, eine Verfassung mit einer aus Urwahlen hervorgegangenen National-Versammlung zu vereinbaren. — Nachdem ich diesen Vorschlag gründlich motivirt hatte, wurde er vom Magistrat und Stadtvorsteher angenommen. Die Deputation ging nach Berlin, mein Vorschlag fand die Genehmigung des Königs und hatte den vollständigsten Erfolg. — Ich werde den Jubel der ganzen Bevölkerung bei Rückkehr der Deputation niemals vergessen.

Der Bürgerkrieg war besiegt. Welcher Dank aber wurde mir für solche That?

Die nichts-würdigsten Lügen wurden über meine Person verbreitet. Man war mir Jananias vor, man behauptete, ich habe die Churfürst vor dem Könige verletzt, während der Abschied Friedrich Wilhelm's IV. von mir ein Händedruck und ein Segen war.

Männerstolz vor Königtümern, Untergang der Lügenbrut. Das ist mein Verbrechen, richten Sie mich!

Die National-Versammlung trat zum Zweck der Vereinbarung zusammen. Die Leidenschaften waren aber so mächtig, daß die Vereinbarung nicht zu Stande kam und die Versammlung endlich aufgelöst wurde. Hätten die Vertreter des Volkes ruhigeres Blut gehabt, würden wir eine weit bessere Verfassung besitzen als jetzt, denn das eine Extrem rief notwendig das Andere hervor.

Demohnerschatz verdanken wir der National-Versammlung den größten Theil der freisinnigen Paragraphen unserer Verfassung. Auf das Jahr 1848 folgte 1849. Das Dreikönigskindniß. Der Druck von Russland und Österreich. Der Vertrag von Olmütz, die Reaction und die Revision der Verfassung. Seitdem hat das Abgeordnetenhaus in fortwährenden Kampf mit der Regierung gelebt, und keins der in der Verfassung verheilten organischen Gesetze, wie die Kreis- und Gemeinde-Ordnung, das Unterrichtsgesetz, und andere konnten zu Stande kommen. Da kam endlich die Schlacht v. Königsgrätz und änderte mit einem Schlag die ganze Situation. Der Druck, den die reactionären Mächte Russland, Österreich und Frankreich auf Preußen ausgeübt hatten, war besiegt und letzteres seinem uralten Beruf, sich an die Spize des Fortschritts zu stellen, wiedergegeben. Es berief das Parlament zur Einigung Deutschlands. Niemals kann diese Einigung dauernd begründet werden, wenn Preußen nicht liberal regiert wird.

Die Lage ist ähnlich wie im Jahre 1848, wo der Graf Arnim-Böisenburg der Breslauer Deputation erklärte, er habe ein, er müsse sich an die Spize Deutschlands stellen. Die Hauptaufgabe des deutschen Parlaments ist nun: Preußen auf der betretenen Bahn mit aller Macht zu unterstützen und die augenblicklich günstige Lage zu benutzen, um die Bevölkerung des Volks an der Regierung durch weise Gesetze dauernd zu begründen. Zur Lösung dieses seiner wichtigsten Aufgaben gehört aber

vor Allem Ausdauer, Festigkeit und Mäßigung der Volksvertreter, ein ungezelter Oppositionsgeist gegen Alles, was von oben kommt, führt nicht zum Sieg! Lassen wir uns daher die 1848er National-Versammlung zur Warnung dienen und wählen wir nur Männer, die diesen Bedingungen entsprechen.

Eine weitere nicht minder wichtige Aufgabe des Parlaments wird die Einigung und Beförderung der materiellen Interessen sein. Dahin gehören die Zölle, die Posten, die Telegraphen, Maas, Gewicht, Geld, und eine allgemeine Gerichts-Ordnung, Freiheit, Gewerbefreiheit, Patentklaus u. s. w. Wählen Sie daher Männer, die eine gründliche Kenntnis dieser dem Gewerbe- und Arbeiterstande am nächsten liegenden Dinge besitzen, an denen es leider in dem jetzigen Abgeordnetenhaus so sehr fehlt. Zu Ihren Vertretern halte ich nur für besonders geeignet

### 1. Den Herrn Oberbürgermeister Hobrecht.

Einen Mann von anerkannt liberaler Gesinnung, von großem Verstande, großen Kenntnissen und allgemeiner Beliebtheit, sowohl bei der Regierung als bei dem Volke; einen Mann, der seinen Posten der Empfehlung ganz zuverlässiger Männer und der Abstimmung unserer liberalen Stadtverordneten-Versammlung verbandt, die seine großen Verdienste erst neuerdings anerkannt hat. Berlin ist nicht so weit von hier, daß die wichtigeren Angelegenheiten der Stadt Breslau nicht von dort erlebt werden können, und der geringe Nachteil, der Breslau entstehen wird, wird sicher durch seine Gegenwart in Berlin dreifach ausgeglichen werden.

### 2. Den Herrn Geheimen Commerciencrämer Molinari.

einen der ersten Kaufleute Breslaus, der seine liberale politische Farbe niemals gewechselt hat. Einen Mann, der gründliche Kenntnis von allen in das Handelsfach und die Gewerke einschlagenden Fächern besitzt. Ein Mann, der durch sein ausgebreitetes Geschäft tausenden von Menschen Nahrung giebt. Einen alten Bürger Breslaus, ein Ehrenmann durch und durch. Seit 1849 gehöre ich keiner politischen Gesellschaft an, und was ich schreibe, ist meine eigene wohldurchdachte Überlegung. Wenn ich Ihnen nun meine Ansicht über die wichtige Sache, welche wir vorhaben, ausspreche, so will ich damit keineswegs Ihr Urtheil bestimmen. Der geringste von Ihnen hat so viel Schulbildung erhalten, daß er sich sein eigenes Urtheil bilden kann. Sehen Sie daher den Mann an, den Sie wählen, geben Sie nichts auf die Redensarten, womit er Ihre Stimme zu gewinnen sucht, oder den Zettel, den er Ihnen in die Hand drückt; ja geben Sie nichts auf meine Empfehlung, obwohl sie aus gutem Herzen kommt. Wählen Sie Selbst nach Ihrer eigenen Überzeugung. Bleibe aber keiner von Ihnen von der Wahl zurück, und nehmen Sie die Genugthuung von der selben nach Hause, daß auch Sie zum Bau der deutschen Einheit einen Stein beigetragen haben.

Ihr  
alter Mitbürger  
C. G. Kopisch.

Jacobsdorf, den 30. Januar 1867.

Geehrter Herr Redacteur!

In Ihrem heutigen Morgenblatte ist ein Bericht über die Wahl-Versammlung zu Canth am 28. dieses enthalten, welcher einige meiner Worte so vollständig entstellt, daß ich mich genöthigt fühle, sie zu wiederholen.

Ich habe nicht gesagt, daß ich früher mit der conservativen Partei gestimmt hätte, wenn ich eingeladen worden wäre, sondern im Gegentheil meine Überraschung ausgesprochen, eingeladen zu sein, da ich stets mit der liberalen Partei gestimmt habe. — Ich hätte daraus entnommen, daß das Bestreben vorwalte, eine Einigung der Parteien zu ermöglichen gegenüber den großen deutschen Zielen, welche dem norddeutschen Parlament gestellt sind.

Im Uebrigen fühlte sich die conservative Partei zu stark für ein Compromiß und die Wahl wird entscheiden, ob ihre Anschauung die richtige gewesen.

[331] E. R. Döhrenfurth.

Zur conservativen Wahl-Versammlung des Breslau-Neumarkter Kreises in Canth enthalt die heutige „Schlesische Zeitung“ eine derselben als „Berechtigung“ zugegangene Mitteilung, welche meldet: „Die Herren Grafen Stirum und Pinto erklären nunmehr zurückzutreten und haben diejenigen, welche für sie stimmten, Hrn. Elwanger ihre Stimme zu geben.“ Dem gegenüber beschreite ich mich auf die Darlegung des Theiles der Wahlversammlung, welcher mich persönlich berührte, und stelle Ihnen ganz ergebnist anheim, da die Sache in weiteren Kreisen Interesse erregt und auch Ihre Beachtung gefunden hat, von dieser Zusendung den Ihnen geeignet scheinenenden Gebrauch zu machen.

Meiner verbüfflichten Erklärung entsprechend, habe ich Abstand von jeder Bewerbung genommen, da mein Einfluß nicht ausreichte, eine Trennung in zwei Lager zu verhindern, und habe die Entscheidung über die Frage, ob seitens der conservativen Partei Elwanger oder Graf zu Limburg-Stirum zu wählen sei, mit keinem Worte beeinflusst. Nachdem der Ausfall ermittelt war, 182 Stimmen für Elwanger, 162 für Graf Stirum, bat der letztere um's Wort und erklärte: Er habe die Zulichung gegeben, zu Gunsten des conservativen Candidaten zurücktreten zu wollen, der in dieser Abstimmung die Majorität erhalte. Jetzt gehe er noch weiter und erklärte, nach besten Kräften für die Wahl Elwangers wirken zu wollen. Während dieser mit großem Beifall begrüßten Worte hörte ich Neußerungen: „Ich wähle Elwanger nicht!“ und es wurde mir klar, daß ein Mißgriff gemacht war, indem unterlassen wurde, die Versammlung einen Beschluß in dieser Richtung fassen zu lassen. Um im conservativen Interesse, das bei mir immer meine persönlichen Wünsche überwindet, das Verläumte nachzuholen, bat ich nunmehr um's Wort und ich citire wörtlich — sprach: „Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß auch ich die Absicht hatte, als Bewerber für die Wahl aufzutreten. Dabei bin ich aber von der Voraussetzung ausgegangen, wir würden gemeinsam an dieselbe gehen, die Förderung und Neuerweitung des Haders und der Zwietracht zwischen uns verhindern. Meine Bemühungen sind erfolglos geblieben, deshalb bin ich nicht unter den Bewerbern gewesen, denn ich kann einer Trennung durch eine Bewerbung bei einer Partei nicht meine Billigung ertheilen, einer Trennung, von der ich keine guten Folgen erwarte und für welche ich jede

heute Nachmittag um 4% Uhr von seinen langen, schweren Leiden zu erlösen und in die ewige Seligkeit aufzunehmen. Sein Ende war nottergeben, leicht und sanft. Diesen schmerzlichen Verlust zeigen wir unseren lieben Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.

Ohlau, den 20. Januar 1867. [320]

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, als der 3. Februar, Nachmittag 3 Uhr statt.

Am 29. Januar, Morgens 3 Uhr, verließ sonst der Professor Adolf Matern im 68. Jahre seines Lebens. Eine 45jährige erfolgreiche Lehrthätigkeit sicherte ihm auch in weiteren Kreisen ein bleibendes Andenken. Allen Theilnehmern widmen diese Anzeige

Die Hinterbliebenen.

Lissa, den 30. Januar 1867. [329]

Für die zahlreichen Beweise von Theilnahme bei der Beerdigung unserer unvergänglichen Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter, der Frau Kaufmann

Röschen Krause,

statten wir den innigsten Dank ab. Solche Kundgebungen haben unserem schwergeprägten Herzen wohlgethan.

Bojanowo, den 28. Januar 1867. [328]

Die Hinterbliebenen.

Auf einer Reise nach Sobrau erkrankt, verschied daselbst im Hause seiner ältesten Tochter Johannas Gierich

in 67. Lebensjahr nach 10jährigem Krankenlager.

Wien D.S., den 30. Januar 1867. [320]

Die Hinterbliebenen.

Die Verlobung unserer Tochter Auguste, mit Hrn. Adolph Brauer aus Kobau, eben wir uns, anstatt besonderer Meldung, allen Verwandten und Bekannten anzuseigen.

[1289]

Breslau, den 30. Januar 1867. [297]

Antonienhütte, im Januar 1867. [297]

Jakobowits und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Auguste Jacobowits.

Adolph Brauer.

Antonienhütte. Kobau.

Stabs-Arzt Dr. Kessler.

Rosa Kessler, geborene Wehlau.

Neuvermählte. [1292]

Breslau, den 29. Januar 1867.

Als Vermählte empfehlen sich:

Helene Neuman, geb. Apt.

Louis Neuman.

Berlin, den 27. Januar 1867. [1315]

(Verspätet.)

Heute wurde meine innigst geliebte Frau Marie, geb. Günstein, von einem muntern Knaben glücklich entbunden. Dies Freunden und Verwandten.

[1316]

Breslau, den 28. Januar 1867.

Valentin Elias.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Nachmittag erfolgte glückliche Ent-

bindung meiner lieben Fr. Clara, geb. Pietsch,

von einem muntern Knaben beeindruckt mich Ver-

wandten und Freunden statt besonderer Mel-

dung anzuseigen.

[1300]

Breslau, den 30. Januar 1867.

P. Nahner.

Die glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Helene, geb. Block, von einem ge-

sunnen Mädchen zeige ich hierdurch statt

besonderer Meldung ergebenst an. [1291]

Siemanowitz, den 1. Februar 1867.

Julius Boss, Lehrer.

# Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Diese Anstalt hat sich im Jahre 1866 einer abermaligen beträchtlichen Erweiterung ihrer Geschäfte zu erfreuen gehabt. Durch einen reichlichen Zugang an neuen Versicherungen (2175 Personen mit 4,813,100 Thlr.), welcher nächst dem Jahre 1865 größer war als in irgend einer der früheren Perioden, ist

|                                  |                  |
|----------------------------------|------------------|
| die Zahl der Versicherten auf... | 29,560 Pers.     |
| die Versicherungssumme auf...    | 53,000,000 Thlr. |
| der Bankfonds auf .....          | 13,950,000 Thlr. |

gestiegen.

Eine Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von nahe an 2,500,000 Thlr. gestattete die Zahlung von 1,310,000 Thlr. für 782 gestorbene Versicherte und läßt, nach gebräger Ausstattung der Reserve, noch einen bedeutenden reinen Überschuss mit Aussicht auf abermalige gute Dividende für die Versicherten übrig.

In diesem und den nächsten vier Jahren werden über

## Zwei und eine halbe Million Thaler

vorhandener reiner Überschüsse an die Versicherten verteilt, was für die Jahre 1867 und 1868 eine Dividende von je

36 Prozent und für 1869 eine solche von 39 Prozent ergiebt.

Auf diese Ergebnisse verweisend, laden zur Versicherung ein

**Hoffmann & Ernst**, Haupt-Agenten, Nikolaistraße Nr. 9,

sowie die Agenten

**Beck & Ziekursch**, Schweidnitzer-Stadtgraben Nr. 30,

**Carl Geister**, Firma G. Michalowicz Nachf., Schmiedebrücke Nr. 17/18, in Breslau.

**Julius Matzky**, Gr. Scheitnigerstraße Nr. 3,

**W. & Th. Selling**, an den Kasernen Nr. 1/2,

**C. Matzdorff** in Brieg.

**Apotheker Skutsch** in Krotoschin.

**M. Niemann** in Neumarkt.

**Michael Deutschmann** in Oels.

**Carl Baum** in Rawitz.

**Kammer-Rath Weissig** in Trachenberg.

**Posthalter M. Puschmann** in Trebnitz.

**L. H. Kobylecki** in Wohlau.

[1552]

## Kaufmännischer Verein.

Freitag den 1. Februar Abends 7½ Uhr, im „Café restaurant“: General-Versammlung, — Rechnungslegung, Vorstandswahl und Statutenänderung. [1532]

## Provinzial-Ressource.

Zu dem am 5. Februar im Hôtel de Silesie Abends 8 Uhr stattfindenden Ressourcen-Balle werden die geehrten Mitglieder der Gesellschaft ergebnis eingeladen. [1975]

## Das Directorium der Provinzial-Ressource.

Wir haben unser Comptoir nach dem

## Blücherplatz Nr. 11

(neben dem Nienberghof) verlegt.

[1569] **Mann & Comp.**

## J. Wiesners Brauerei und Concert-Saal.

Nikolaistraße 27 (im goldenen Helm). Täglich [1570]

## Großes Concert,

ausgeführt von der „Helm-Kapelle“, unter

Direction des Herrn F. Langer.

Anfang 7 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

Den früheren Kaufmann Hrn. Berger in Freiburg (später Reisender für ein Breslauer Cigaretten-Gesellschaft) erfuhr ich, mir sofort seinen jetzigen Wohnort anzeigen zu wollen.

Waldeburg, den 30. Januar 1867.

[322] Carl Berger, Hotel-garni-Besitzer.

Die Ausstattung ist eine glänzende. Die Illustrationen sind

schön und künstlerisch gehalten. In Farbendruck ausgeführte Tafeln und dem Texte eingedruckte treffliche Holzschnitte werden der Phantasie und dem Verständniß zu Hilfe kommen und den Werken zum besonderen Schmuck gereichen.

Ungeachtet des gediegenen Inhaltes, der glänzenden Ausstattung und des billigen Preises, erhalten die Abonnenten auf das Ganze mit der Schlusslieferung, gleichsam als poetische Krönung, eine

## Gratis-Prämie

von höchster Bedeutung: die unvergleichlichen Schöpfungen unseres nationalsten Dichters:

## SCHILLERS sämtliche WERKE.

(Gott'sche Original-Ausgabe.)

Das Werk ist vollständig in 75—80 Lieferungen — alle 8—14 Tage erscheint eine Lieferung, zum Preise von 6 Sgr.

Vorrätig in der

**Schletter'schen Buchhandlung (H. Skutsch)** in Breslau, Schweidnitzerstrasse 16—18.

Die Buchhandlung **J. Urban Kern**, Neuschestr. Nr. 68,

erlaubt sich auf ihre Lese-Institute aufmerksam zu machen: [1561]

## Leih-Bibliothek

von circa 33,500 Bänden, von 30 diversen Zeitschriften, vierteljährlich zu monatlich à 5 Sgr., 7½ Sgr., 10 Sgr. sc. Abonnement à 1 Thlr., 1½ Thlr. sc.

## Landwirtschaftliche Leihbibliothek,

zu gleichen Bedingungen. Kataloge gratis.

**Lesezirkel für die neuesten Erscheinungen**,

à 3 Thlr. vierteljährlich, mit 8 Thlr. Prämie; dieselben ohne Prämie zu 1½ Thlr. und 1¼ Thlr. vierteljährlich. Auswärtige Leser erhalten zu obigen Bedingungen eine größere Partie von Büchern auf einmal.

**Das Neueste wird stets sofort angeschafft.**

Neun Supplemente zum Kataloge stehen meinen Lesern gratis zu Diensten.

## Productions-Bericht der Vulkanhütte

pro Januar 1867 durch 4 Wochen.

Production. Grausbringen Coalsverbrauch Durchschnittliche

in Procent. in Kubikfuß Wodenproduktion

in Procent. in Kubikfuß pr. Et. Et. Pf.

Ctr. Pf. Bei 2 Höhzen 15,482 — 29,75 8,11 1935 25

Der Verwaltungsraths-Vorsitzende Der Director

der Schlesischen Bergwerks- und Gütern-Aktien-Gesellschaft „Vulkan“.

R. Paletta, Dr. Wollner.

[326]

Wiener Handschuh-Laden

„Zum Veilchen“

Alte-Taschenstraße Nr. 7.

Wiener u. Prager Glacee-Handschuhe, vorzüglich in Farbe u. Güte des Leders.

Echte Eau de Cologne.

[1266]

## Aufkündigung

von Pfandbriefen des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Bei der heutigen, im Beisein eines Notars öffentlich bewirkten Auslösung der nach 17 u. ff. des Statuts vom 13. Mai 1857 (Gesetz-Sammlung für 1857 S. 327) zum 1. Juli 1867 zu tilgenden Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen sind nachfolgende derselben gegeben worden:

**Serie I. à 1000 Thlr.** Nr. 156, 165, 276, 364, 484, 664, 939, 1119, 1351, 1606,

1622, 1646, 1874, 1926, 1950, 2046, 2263, 2686, 3541, 3969, 4124, 4236, 4431, 4561,

5618, 5643, 6001, 6076, 6775, 6823, 7000, 7056, 7335, 7441, 7707, 7760, 7904, 8297,

8332, 9472, 9490, 9879, 10,038, 10,216, 10,223, 10,414, 10,476, 11,013, 11,183, 11,469,

1637, 1818, 2142, 2694, 2754, 3114, 3271, 3364, 3450, 3502, 3645, 3780, 3974, 4130, 4225, 4803,

4957, 5404, 5479, 5817, 5849, 6024, 6230, 6243, 6617, 7036, 7067, 7183, 7866, 7909,

8203, 8704, 8920, 9100, 9158, 9386, 9405, 9691, 10,073, 10,265, 10,515, 10,537, 10,686,

10,762, 10,959, 11,081, 11,292, 11,279, 11,359, 13,312, 13,689, 14,191, 14,506, 14,560,

14,599, 14,768, 14,921, 14,934, 15,115, 15,688, 15,751, 15,867, 15,996, 17,070, 17,093,

17,174, 17,288, 17,323, 17,659, 17,739, 17,787, 18,301, 18,376, 18,585, 18,650, 19,243,

19,571, 19,622, 19,641, 19,807.

**Serie II. à 200 Thlr.** Nr. 71, 664, 696, 987, 1197, 1271, 1352, 1365, 1548, 1611,

1637, 1818, 2142, 2694, 2754, 3114, 3271, 3364, 3450, 3502, 3645, 3780, 3974, 4130, 4225, 4803,

4957, 5404, 5479, 5817, 5849, 6024, 6230, 6243, 6617, 7036, 7067, 7183, 7866, 7909,

8203, 8704, 8920, 9100, 9158, 9386, 9405, 9691, 10,073, 10,265, 10,515, 10,537, 10,686,

10,762, 10,959, 11,081, 11,292, 11,279, 11,359, 13,312, 13,689, 14,191, 14,506, 14,560,

14,599, 14,768, 14,921, 14,934, 15,115, 15,688, 15,751, 15,867, 15,996, 17,070, 17,093,

17,174, 17,288, 17,323, 17,659, 17,739, 17,787, 18,301, 18,376, 18,585, 18,650, 19,243,

19,571, 19,622, 19,641, 19,807.

**Serie III. à 100 Thlr.** Nr. 93, 370, 701, 725, 739, 981, 1398, 2006, 2229, 2650,

2771, 2932, 3198, 3216, 3221, 3364, 3450, 3502, 3645, 3780, 3974, 4130, 4225, 4803,

4957, 5404, 5479, 5817, 5849, 6024, 6230, 6243, 6617, 7036, 7067, 7183, 7866, 7909,

8203, 8704, 8920, 9100, 9158, 9386, 9405, 9691, 10,073, 10,265, 10,515, 10,537, 10,686,

10,762, 10,959, 11,081, 11,292, 11,279, 11,359, 13,312, 13,689, 14,191, 14,506, 14,560,

14,599, 14,768, 14,921, 14,934, 15,115, 15,688, 15,751, 15,867, 15,996, 17,070, 17,093,

17,174, 17,288, 17,323, 17,659, 17,739, 17,787, 18,301, 18,376, 18,585, 18,650, 19,243,

</div

# Zweite Beilage zu Nr. 53 der Breslauer Zeitung. — Freitag, den 1. Februar 1867.

## Bekanntmachung. [325]

Von dem unterzeichneten Gerichte werden: I. alle diejenigen, welche ein folgende, im hypothekenbuche eingetragene Posten und Vermerke aus irgend einem Rechtsgrunde Eigentums- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, oder als Erben, Cessionarien oder sonst in die Rechte dieser Personen getreten sind:

a) des auf dem Folium des Hypothekenbuches der Stadt Breslau 217, Vol. XXIX, rubr. II, Nr. 2 Grundstück: Ohlauerstraße Nr. 65 eingetragenen Vermerts:

"Aufsatz des am 27. October 1820 eröffneten Codicils des Wundarztes Ernst Wilhelm Dehnel, ist die Besitzerin Anna Christiane, verwitwete Dehnel, geborene Matterne, verpflichtet, auf den Fall, daß sie sich anderweitig verehelichen sollte, ein Capital von 6000 Thlr. Courant einzutragen zu lassen, wovon die den Geschwistern und Geschwisterkindern des gedachten Erblassers 4000 Thlr. nach ihrem Tode ohne Interessen, die sie jedenfalls lebenslang zu genießen hat, aufzuladen, die übrigen 2000 Thlr. aber zu ihrer freien Disposition auf ihren Todesfall verbleiben sollen. Eingetragen von amts wegen, gemäß Verfügung vom 19. Juni 1821, mit dem Bemerkungen, daß die Witwe Dehnel ohne weitere Heirath verstorben ist und daß der Stadtrath Nahner als Wilhelm Dehnel'scher Testaments-Executor die 4000 Thlr. an die Geschwister und Geschwisterkinder bezahlt haben will, ohne in dem Besitz beglaubigter Quittungen und Löschungsconsente zu sein."

b) des auf dem Folium 345 des Hypothekenbuches der Oberstadt Vol. V, rubr. II, Nr. 2, Grundstück: Mehlgasse 6, zufolge Verfügung vom 6. Juli 1805 eingetragenen Vermerts:

"Das Verkaufsrecht, welches in dem zwischen der Ehegattin des Besitzers Anna Rosina Schmöhl und dem Gottlieb Leonhard Krause unterm 8. Februar 1805 über die Possession Nr. 21 errichteten Verkaufs-Contract (§ 7) der Ehegatte der Ersten Jacob David Schmöhl genanntem Gottlieb Leonhard Krause eingeräumt hat."

c) des auf dem Folium 361 Vol. XXV des Hypothekenbuches von der Stadt: Gründstück Nr. 48 der Neuen Weltgasse rubr. II Nr. 2 eingetragenen Vermerts:

"Die Verpflichtung der Besitzerin Anna Rosine, verwitwete Sujcke, geb. Duhn, das von ihrem Gemann und Besitzer, dem Schuhmacher Carl Gottlieb Sujcke, bezogt dessen am 5. Januar 1829 eröffneten Testament erörterte Vermögen, nach Abzug des ihr gehörenden statutarischen Schuheils, nach ihrem Tode den Kindern der verstorbenen Eichenthaler Graesser, geb. Sujcke, zu hinterlassen, oder dass sie sich anderweitig verehelichen sollte, sofort herauszugeben, welches nach der Verfügung vom 12. October 1830 eingetragen worden."

namentlich bezüglich des Vermerts ad a die Geschwister und Geschwisterkinder des Wundarztes Ernst Wilhelm Dehnel, dessen Witwe ohne weitere Heirath verstorben ist und dessen Testaments-Executor Stadtrath Nahner die ad a bezeichneten 4000 Thlr. an die Geschwister und Geschwisterkinder des Wundarztes Dehnel bezahlt haben will, ohne in dem Besitz beglaubigter Quittungen und Löschungsconsente zu sein — nämlich:

1) der Papiermacher Carl Christian Dehnel in Adamowiz in Ratibor,  
2) die sechs hinterlassenen Kinder des verstorbenen Papiermachers Benjamin Heinrich Dehnel zu Bledzianowo,  
3) die Frau Büchnermeister Petruschke, Julianne geb. Dehnel, zu Osrowo,  
4) der Sohn der verstorbenen Kleinhauer Dorothea Buchwald, geb. Dehnel, zu Osrowo, und deren Erben, Cessionarien oder sonstige Rechtsnachfolger.

II. Alle diejenigen Personen, welche auf die nachbenannten, angeblich verloren gegangenen Hypotheken-Instrumente Ansprüche zu haben vermeinen:

a) über die auf den Buden Nr. 182 u. 183 hier selbst am Ringe, Hypothekenbuch von der Stadt Fol. 253, Vol. II, rubr. III, Nr. 1, auf Gründstück der Verhandlung vom 13. März 1865 für die verachtete Mechanicus Hoffmann, Marie Caroline, geb. Theuer, hier selbst, zufolge Verfügung vom 14. März 1865 eingetragenen rückständigen Kaufschilder von Cintauten Thaler nebst 4 p.C. in halbjährigen Raten vom 1. April 1865 ab zu entrichtenden Zinsen, b) des noch in Höhe von 659 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. nebst 6 p.C. Zinsen validirenden Reitinstrument über die auf dem Gründstück Schmiedebrücke Nr. 44 und Ursulinestraße Nr. 27 Vol. XXXII, Fol. 313 des Hypothekenbuches von der Stadt Breslau, ursprünglich zufolge Verfügung vom 19. Mai 1818, rubr. III, Nr. 11 in Höhe von 2000 Thlr., dann von 1882 Thlr. 27 Sgr. 10 Pf. Darlehen eingetragenen Post, welche laut Instrumenten vom 1. April 1818 und Verhandlung vom 4. Mai 1818 von dem Kaufmann Carl Gottfried Benjamin Scholz gegen 6 p.C. Zinsen in Quartalsräten, die am 1. April 1819 ohne weitere Kündigung versprochenen Rückzahlung und Erfüllung des Kosten vorgelehen, von dessen Erben an den Particular Jaener und nach dessen und seiner Ehefrau Tobe, zufolge Verfügung vom 8. April 1841 für die gegenwärtige und zukünftige ebene Descendenz der verehelichten Kreisfärmer Lieb, Leonore geb. Jaener eingetragen und dem Kreisfärmer Johann Gottfried Lieb behändigt, in dessen Nachlass aber nicht vorgefunden worden ist,

c) über das auf dem Hause Nr. 21 der Oderstraße und Nr. 6 Gerbergasse, den Buden Nr. 29, 30, 31 unter dem Leinwandkram und der Buden Nr. 83 auf dem Ringe hier, rubr. III, Nr. 5 resp. Nr. 4, 2, 5 Der Commissar des Concurses: Theremin,

und Nr. 4 conjunctim haftende Restcapital von 2000 Thlr. ursprünglich 6000 Thlr., welche zu 5 p.C. verzinslich, aus dem am 2. Juli 1812 eröffneten Testamente des Leinwandhändlers Carl August Schlegel und der Urkunde vom 13. April 1843, zufolge Verfügung vom 20. April 1843, als väterliches Erbe für Emilie, Rudolph und Carl, Geschwister Schlegel, conjunctim eingetragen und wovon 2000 Thlr. aufzofolge Verfügung vom 5. März 1846 und weitere 2000 Thlr. unter Bildung eines Zweigdocuments vom 12. Dezember 1850 für Rudolph Schlegel abgewiegt und zufolge Verfügung vom 19. Dezember 1851 ebenfalls gelöscht sind, während das nur noch über den Anteil des Kaufmanns Carl Schlegel von 2000 Thlr. lautende Document angeblich verloren gegangen ist,

d) über die auf dem Hause unter den kleinen Fleischbänken Nr. 7 Hypothekenbuch vor der Stadt, Fol. 49, Band 14, rubr. III, Nr. 4, auf Gründstück der Verhandlung vom 3. April 1861, auf Grund der Verfügung vom 5. April 1811, für den Hausbesitzer August Thomas eingetragene Post von 700 Thlr. Darlehn; nebst 5 p.C. vom 1. April 1861 in halbjährlichen Termine zu entrichtenden Zinsen, welches sich im Nachlass des Thomas nicht vorgefunden hat,

e) über das auf dem Grundstück Albrechtsstraße Nr. 21 u. Münzgasse Nr. 11 hier, Hypothekenbuch Fol. 153, Vol. VII, rubr. III, Nr. 4 aus dem Kaufvertrag vom 30. März und 24. April 1814, ursprünglich in Höhe von 2000 Thlr. rückständiger Kaufschilder zu 5 p.C. verzinslich, eingetragene Capital, wovon 1000 Thlr. mit dem Vorzugsrecht vor dem Ueberrest abgewiegt sind, was demnach noch in Höhe von 1000 Thlr. besteht und nach mehreren Zwischenübergängen auf den Zimmermeister Hallmanns gedeihen, von diesem aber zum Theil verloren worden ist.

III. Alle ihrer Erstzen nach unbekannten Eigentumspräidenten der Buden Nr. 330 hier selbst am Hintermarkt, Hypothekenbuch von den Buden, Vol. III, Fol. 201, deren Besitztitel nicht in Folge der Erwerbsurkunde vom 30. October 1746 für die am 2. November 1779 verstorbenen Anne Rosina Hagedorn berichtig ist und jetzt für die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistrat, bestätigt werden soll und die ihrem Aufenthalt nach, unbekannten Eigentumspräidenten, nämlich: Bildpreßhändlerin Frühling in und deren älteste Tochter Anna Dorothea, unverheirathete Frühling, sowie die Witwe Babette Heyder und deren Sohn August Heyder, aufgefordert, sich sofort oder spätestens in dem auf den 10. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Gerichts-Arbeitsgericht Lettgau, im Terminzimmer Nr. 47, im 2. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumten Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, während dies die biegsame Stadtgemeinde, vertreten durch den Magistr

# Das Moor- und Stahl-Bad und die Molken-Kur-Anstalt Langenau in der Grafschaft Glatz.

Den Besuchern und Gönern des Bades **Langenau** die ergebene Anzeige, dass ich dasselbe meinem Sohne kauftisch überlassen habe, bittend, das während meiner langjährigen Verwaltung der Kur-Anstalt geschenkte Wohlwollen ihr auch ferner zu bewahren. Bad Langenau, im Januar 1867.

Auf Obiges Bezug nehmend, erlaube ich mir ganz ergebenst anzugeben, dass ich **Bad Langenau** kauftisch übernommen habe und bemüht sein werde, allen Anforderungen der Kurgäste zu genügen. Der praktische Arzt Herr Dr. **Hans Walter** hat die ärztliche Leitung der Kuranstalten; wohnt während der Bade-Saison im Bade selbst. — Anfragen und Bestellungen bitte ich an die Bade-Inspection zu richten. **Georg Haneke**, Lieutenant im 4. Niederschles. Landwehr-Regiment Nr. 11, Gutsbesitzer und Besitzer des Bades Langenau. [1558]

## Für Landwirthe!

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen: [194]  
Der praktische Ackerbau in Bezug auf rationelle Bodencultur, nebst Vorstudien aus der unorganischen und organischen Chemie, ein Handbuch für Landwirthe und die es werden wollen, bearbeitet von Albert von Rosenberg-Lipinsty, Landschafts-Director von Oels-Wittsch, Ritter ic. Zweite verbesserte Auflage. Gr. 8. 2 Bände. Mit 1 lithogr. Tafel. 85 Bogen. Eleg. brosch. Preis 4½ Thlr.

Die Censur des Landwirths durch das richtige Soll und Haben der doppelten Buchhaltung, nebst Betriebsrechnung einer Herrschaft von 2200 Morgen für den Zeitraum vom 1. Juli 1859 bis 1. Juli 1860. Bearbeitet von einem schlesischen Rittergutsbesitzer. Gr. 8. 10 Bogen. Eleg. brosch. Preis 1 Thlr.

Der landwirtschaftliche Gartenbau, enthaltend den Gemüsebau, die Obstbaumzucht, den Weinbau am Spalier und den Hopfen- und Tabaksbau als Leitfaden für Sonntagsschulen und für Ackerbauschulen, bearbeitet von Ferdinand Hannemann, Königl. Instituts-Gärtner ic. zu Breslau. Mit in den Text gedruckten Holzschnitten. 8. 12½ Bogen. Eleg. brosch. Preis 15 Sgr.

Jahresbericht über die Untersuchungen und Fortschritte auf dem Gefüllungsgebiete der Zuckeraufbereitung von Dr. C. Scheibler und Dr. K. Stammer. Jahrgang I. u. II. 1861 u. 1862. Mit in den Text gedruckten Holzschnitten. Gr. 8. 28½ Bogen. Eleg. brosch. Preis 3½ Thlr.

— Jahrg. III. 1863. Mit 46 in den Text gedruckten Holzschnitten u. 1 lith. Tafel. Gr. 8. 27 Bogen. Eleg. brosch. Preis 3½ Thlr.

— Jahrg. IV. 1864. Mit 59 in den Text gedruckten Holzschnitten u. 1 lith. Tafel. Gr. 8. 23½ Bogen. Eleg. brosch. Preis 3½ Thlr.

— Jahrg. V. 1865. Mit 34 in den Text gedruckten Holzschnitten. Gr. 8. 19½ Bogen. Eleg. brosch. Preis 1 Thlr.

Jahrbuch der deutschen Viehzucht nebst Stammbuch deutscher Buchtheerden herausgegeben von W. Janke, A. Körte, C. v. Schmidt. Mit Abbildungen berühmter Zuchttiere. Jahrg. 1864, 1865 und 1866. Gr. 8. Elegant broschirt. Preis pro Jahrgang 4 Thlr.

Leitfaden zur Führung und Selbstlernung der landw. doppelten Buchhaltung. Vorwort von dem königl. Landes-Economie-Rath A. P. Thaer, bearb. von Theodor Sasaki. Gr. 8. 8½ Bogen. Brosch. Preis 22½ Sgr.

Taschenbuch für Zuckeraufbereitung und Spiritusbrennerei. Tabellen zum Gebrauch in der Fabrik und im Laboratorium. Zusammengestellt von Dr. K. Stammer. 8. 20 Bogen. Eleg. brosch. Preis 2 Thlr.

Die Wiederkehr sicherer Flachserrenten als Anleitung zur Erzielung zeitgemäßer Bodenerträge und die Ergänzung der mineralischen Pflanzennährstoffe, insbesondere des Kalis und der Phosphatkörper, in ihrer Wichtigkeit für Flachs, Klee, Hafer und Hirschen und der Halmfrucht von Alfred Rüdin. 8. 4½ Bogen. Elegant broschirt. Preis 7½ Sgr.

Schlesische landwirtschaftliche Zeitung, mit dem Beiblatt „Landwirtschaftlicher Anzeiger“. Redigirt von Wilhelm Janke. Folio. Wöchentlich eine Nummer. Vierteljährlicher Abonnement-Preis 1 Thlr., durch die Post bezogen incl. Stempel und Port. 1 Thlr. 1 Sgr. Insertionsgebühren für den Raum einer fünfseitigen Petiziele 1½ Sgr.

[290] Bekanntmachung.  
Die Bauausführung einer Charssee von Gründorf und Krogulno bis zur Breslauer Kreisgrenze in der Richtung auf Schwirz soll einschließlich der Material-Vieferung in Wege der Entreprise vergeben werden. Der Bau ist auf 12,378 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. veranschlagt, es geht von dieser Summe jedoch der Werth einer Quantität schon vorhandener und den Unternehmen zur Verwendung zu übergebender Materialien ab.

Zur Verbindung haben wir einen Termin auf Donnerstag, den 7. Februar 1867.

Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Landrats-Amte hier selbst anberaumt.

Zu demselben laden wir baulustige Unternehmer mit dem Bemerkern ein, dass jeder Bieter 1000 Thlr. Caution in preuß. Courant oder Kassen-Anweisungen oder in Staats- und Kaiserl. resp. anderen leicht zu realisirenden inländischen Staatspapieren nach dem Cours-werte zu erlegen hat.

Bezeichnungen, Kostenanschläge und Baubedingungen können während der Amtsstunden im Bureau des Landrats-Amtes eingesehen werden.

Oppeln, den 25. Januar 1867.

für das Directoriun der Kreis-Chausseen.

Der königl. Landrats-Amts-Verwalter

Trier.

Ein abgebranntes Mühlengrundstück und dessen Wasserkrat (40 Pferde) an einem der größten Nebenflüsse der Oder in der Nähe von Breslau, zu jeder Fabrikanlage sich eignend, ist sofort billig zu verkaufen.

Älteres zu erfahren unter Chiffre G. R. Z. poste restante Breslau. [1313]

Ein Mittergarten im Großherzogthum Posen, beste Lage, 1743 Morgen Fläche, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten durch Julius Thiel, Altbüsserstraße Nr. 35.

6000 Thaler. Sicher Hypothek, à 6% auf ein hiesiges Grundstück im Innern der Stadt, verkaufe ich mit zeitgemähem Verlust. [1308]

G. Alexander-Kaz, Klosterstr. 1 E.

In Görlich

findet zwei in schönster Lage an der Promenade gelegene Villa's zu verkaufen beim Eigentümer Müller, Mühleweg 12 daselbst. [325]

Ein Gathof in einem der frequentesten Orte Oberschlesiens, unmittelbar an der Bahn gelegen, in welchem auch früher ein Speerei-Geschäft mit Erfolg betrieben worden, ist baldigst zu verkaufen.

Hellmann, Gasthofbesitzer in Gogolin.

Ein schwarzer Jagdhund mit weißer Brust, auf den Namen „Lord“ hörend, ist abhanden gekommen. Vor Ankauf wird gewarnt. Mitteilungen darüber werden Siebenhäusernstraße 4 erbeten. [1303]

Alle Tage frische frischfrische [1478]

Preßhefe bei W. Kirchner, Colonial- und Landesproducent-Handlung, Hintermarkt Nr. 7.

Leinsamen 1866er Ernte in sehr schöner Qualität sind circa 200 Sac à 150 Pfd. zu verkaufen auf dem Dominium Schönfeld p. Constadt, Kreis Greizburg. Nähere Auskunft über Preis und event. Frachtlieferung erhält das Wirtschafts-Amt. [289]

Giesmannsdorfer Preßhefe, anerkannt bestes, triebfähigstes Fabrikat, täglich frisch, empfiehlt: [1465]

die Fabrik-Riederlage Friedr.-Wilhelmstraße Nr. 65.

Acetine, Essenz zur Vertreibung der Hühneraengen.

Durch das Überpinseln des Hühnerauges oder der harten Hautstellen werden dieselben in kurzer Zeit schmerzlos abgelöst und leicht entfernt. Das lästige und gefährliche Beisehnen wird dadurch überflüssig und durch zweitweiliges Pinzen der betreffenden Stellen das Entstehen neuer Hautverhärtungen verhindert. [1555]

Preis à Flacon 10 Sgr. incl. Gebrauchsanz.

B. Hochstetter, Chemik. u. appr. Apoth. 1. Kl.

Berlin, Wallstraße 13.

Depot in Breslau:

S. G. Schwarz, Ohlauerstraße Nr. 21; Cottbus: C. G. Franck.

Frische Hasen, gut geplätt., à Stück 13 bis 16 Sgr., empfiehlt A. Biese, Wildhändler, [1297] Hintermarkt Nr. 1, Ecke Schuhbrücke.

Frische Hasen, gut geplätt., Schwarzwild & Wild 4—5 Sgr., Rot-, und Rebwild, Fasanen und Rebhühner empfiehlt billigst [1227]

A. Schwarz, vorm. W. Beier, Kupfer- und Schmiedestraße- und Schmiedebrücke-Ecke.

Patent-Zahnstocher 100 Stück 1 Sgr., 1000 Stück 7½ Sgr. S. G. Schwarz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Ein Secundaner soll vom 1. April d. J. in einer gebildeten jüdischen Familie gegen anständiges Honorar untergebracht werden.

Näheres bei Herrn Henschel, Büttnerstr. 34.

Nachmittags von 1 bis 3 Uhr. [1299]

Das Friedrichstädtische Intelligenz-Comptoir, Lindenstr. 89 in Berlin übernimmt die Belieferung von Capitalien, auch zahlungsfähiger Käufer für Güter, Grundstücke und Geschäfte, sowie die Besorgung von Pächtern, Compagnons und tüchtigen, auf Wunsch cautiousfähigen Leuten für offene Stellen, auch sonstige Aufträge. — Geschäft-Inhaber [334] A. Goetsch & Comp.

Ein mit den erforderlichen Qualifikations- und Führungs-Attesten versehener Mann wird als Büro-Bürsche gesucht bei Ahlemann,

Rechtsanwalt und Notar in Trebnitz,

im Hause des königl. Kreis-Thierarzt

Herrn Seiffert, eine Treppe.

Eine unverheirathete Dame im mittleren Lebensalter, von guter Witsch, möglicht bei einer eingeladenen Dame oder in einem soliden Hause als Gejellschafterin, auch zur Hilfe der Hausfrau, bei freier Station, ohne Anspruch auf Gehalt, gleichwohl ob in der Stadt oder auf dem Lande, baldigst einzutreten. Relestanten sollen ihre Adresse unter Chiffre B. M. 22. poste restante Breslau abgeben. [1508]

Ein bestens empfohlener Comm's, noch aktiv, der doppelten Buchführung mächtig, sucht bald oder 1. April ein anderweitiges Engagement. Offerten unter O. J. 100 in der Expedition der Breslauer Zeitung. [1309]

Für mein Manufactur- u. Mode-waren-Geschäft suche ich pr. 1. April d. J. einen tüchtigen Commis.

[324] Emil Schor in Gottesberg i. Schles.

Ein Lagerhalter, cautiousfähig und im Besitz guter Atteste, kann sich zur Übernahme der Lagerhalter-Stelle für das 3. Verkaufslocal des Breslauer Confid. Vereins bis zum 10. Februar d. J. melden bei Herrn Kaufmann Delsner, Büttnerstraße Nr. 5, täglich zw. 10 Uhr bis 12 Uhr. [1562]

Ein junger Mann, der das Eisen- und Kurzwaren-Geschäft gründlich erlernt hat und bei gefälliger Handschrift mit der Buchführung vollkommen vertraut ist, findet bald Engagement bei

G. Donner, Stodgasse 29 Breslau.

Hering, Sardellen-, Säessisch- u. Delicatessenhdg.

Herrmann Kaz in Kattowitz.

Ein Laden ist Ohlauerstraße 34 zu vermieten. [1293]

Ein Comptoir ist Ring 48 zu Ostern zu vermieten. [1205]

30. u. 31. Januar. Abs. 10 U. Mg. 6 U. Nbm. 2 U. Lustdruck bei 0° 331° 35 328° 76 327° 27 Lustwärme + 4,4 + 4,2 + 8,0 Lanzpunkt + 1,9 + 2,8 + 2,6 Dunftättigung 81pCt. 89pCt. 62pCt.

Preise der Cerealien.

Feststellungen der poliz. Commission.

(Pro Scheffel in Silbergr.)

Waare keine mittle ord.

Weizen weiss 95—97 93 85—89

do. gelber 93—95 91 85—87

Roggen ... 71 70 68—69

Gerste ... 59—60 58 53—56

Hafer ... 33—34 32 30—31

Erbsen ... 66—70 63 55—57

Notirungen der von der Handels-

kammer ernannten Commission

zur Feststellung der Marktpreise

von

Raps und Rübsen.

Pro 150 Pfd. Brutto in Silbergr.

Raps 202, 192, 180. Winter-Rübsen

186, 180, 170. Sommer-Rübsen

164, 154, 144. Dotter 156, 146, 136.

Kündigungspreise f. d. 1. Febr.

Roggen 53½ Thlr., Hafer 43,

Weizen 75, Gerste 51, Raps

95, Rübel 11, Spiritus 16½.

Börsen-Notiz von Kartoffelspiritus

pro 100Qrt. bei 80pCt. Trallesloch:

16½ B. 16½ G.

Bei sehr animirter Haltung waren alle Speculations-Papiere merklich höher. Fonds wenig verändert.

Verantw. Redakteur: Dr. Stein. — Druck von Gräß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.